Nr. 11

8. Juli 1988

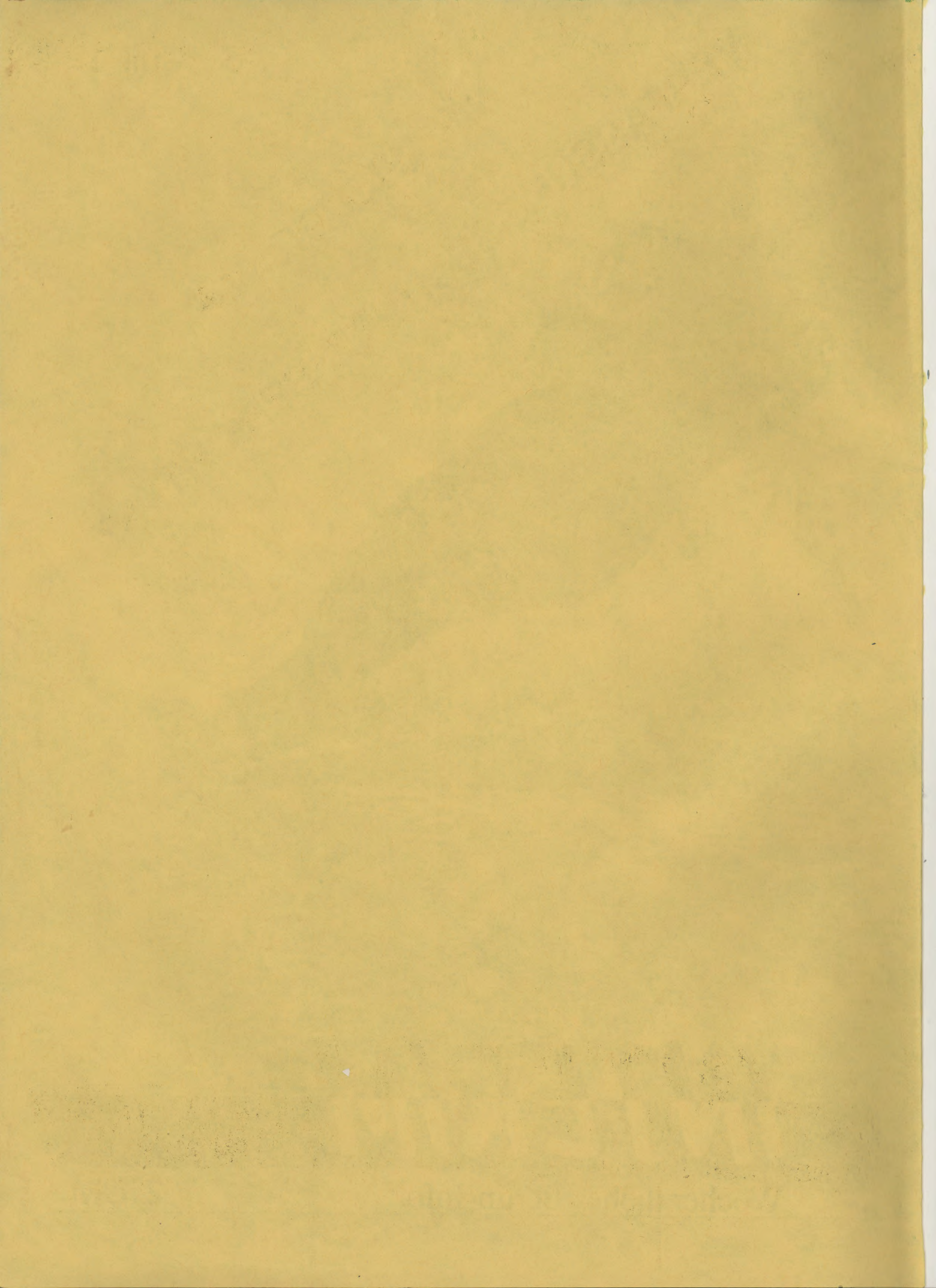
VERFASSUNGSSCHUTZ-BERICHT 87

NIE WIEDER IWF

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



FAZIT DER DISKUSSION UM DIE AKTIONSTAGE

Vorläufige Überlegungen: Höchste Zeit, um für den Herbst '88 sowohl den allgem. politischen Rahmen unseres Widerstands zu formulieren, als auch praktische Vorstellungen zu entwickeln.

Dazu haben wir eine Idee und wollen diese kurz darstellen und gleich vorneweg betonen, daß wir trotz der Kürze der uns bleibenden Vorbe= reitungszeit und der (angekündigten) Dimension/Repression des IWF/WB Kongresses zuversichtlich sind, die aktuellen Lähmungserscheinungen hier im Widerstand überwinden zu können und eine starke Mobilisierung gegen den Kongress erreichen.

Wir schlagen hiermit ein Aktionskonzept auf obiger Grundlage vor, das sich aus drei verschiedenen Ebenen/Aktionsformen zusammensetzt:

---Aktionstage--Kleingruppenaktionen(--eigenständige Demonstration--)--

--wenn es uns gelingt, daß alle drei Teile in ihrer Unterschiedlichkeit sich aufeinander beziehen, daß sie sich dadurch ergänzen und gegensei= tig mobilisieren, wird es nicht gelingen, unseren Widerstand zu iso= lieren. Die drei Ebenen sollen als Einheit verstanden werden und als solche erkennbar sein. Darin darf es also keine Wertigkeiten/Hierarchie im Stellenwert der Aktionen geben. (Demo als Höhepunkt, Aktionstage für die "Unentschlossenen", Kleingruppenaktionen nur für die "Speer= spitzen" des Widerstands...) -sondern es soll Grundlage sein, daß die einzelnen Ebenen genau und verantwortlich für den gesamten Aktions= rahmen bestimmt werden.

Ein verantwortungsbewußtes Umgehen mit der Vorbereitung und Durch- führung eigener Aktionen im Bezug auf die mögl. Gefährdung setzen wir voraus.

Wichtig für alle Aktionstage ist uns, daß
- darin die Alltäglichkeit patriarchaler, kapitalistischer und imperialistischer Gewalt, sowie die Alltäglichkeit des dagegen stattfindenden Widerstandes aufgegriffen werden, d.h. bezugnehmend auf die Lebens- und Kampfsituationen der Menschen hier
- bei jeder Aktion deutlich wird, wogegen sie sich richtet und wen wir damit erreichen wollen ("für wen und gegen wen")
- die Inhalte sich vor allem in den Aktionsformen und nicht allein in den Redebeiträgen ausdrücken, Aktionen vermittel- bar sind bzw. sich von selbst vermitteln und so genau bestimmt sind, daß das "für wen und gegen wen" auch breit verstanden werden kann
- den Aktionstagen eine breite, öffentlichkeitswirksame Mobili- sierung auch durch Aktionen in den Wochen vor dem Kongreß vorausgeht
- es auch Aktionen gibt, bei denen sich Leute spontan einklinken können (Solidarisierungsmöglichkeit)
- sich die Aktionen verantwortungsvoll und solidarisch aufein- ander beziehen

Außerdem soll natürlich direkt in den Kongreßablauf einge- griffen werden. Alles steht nach wie vor unter dem Motto: IWF verhindern!

VERHALTNIS ZU DEN REFORMERN & IHREN AKTIVITÄTEN

Wir schlagen einen eigenen Aktionsrahmen zum Zeitpunkt des Kongresses vor. Für uns bietet sich durch die Eigenständigkeit (also nicht Teil zu sein eines Bündnisses mit AL oder anderen reformistischen Gruppen) die beste Möglichkeit, unsere Position darzustellen, sie als politischen Angriff durchzuführen.

Wir wollen auf einen eigenen Rahmen nicht verzichten, da er durch seinen Charakter (politische Konfrontation zum Zeitpunkt des Kongresses) und durch seine inhaltliche Bestimmung (revolutionäre Organisierung gegen Patriarchat, Kapital & Staat) eine deutliche zu den reform. Gruppen/Parteien und ihren Plänen ausdrückt.

Grundsätzlich sollte für uns gelten, daß wir uns zuerst einig werden, wie wir uns als revol. Linke ein konkretes Gesamtkonzept für den Herbst & die Aktionstage vorstellen und wie wir dies angehen, bevor wir uns Gedanken dazu machen, ob und wie wenn überhaupt wir nun zu der Reformerdemo hingehen.

INHALTLICHE BESTIMMUNG

Zur Strukturierung der Inhalte der Aktionstage gehen wir von der Ausrichtung unseres Widerstandes als antipatriarchalem, antikapitalistischem, antirassistischem und antiimperialistischem Kampf aus.

Damit das nicht so abstrakt stehen bleibt, wollen wir die Aktionstage an konkreten Themen beschreiben. Die fetzigen Mottos dazu müssen wir sehr bald noch finden.



FRAUENARBEIT ALS GRUNDLAGE VON ARBEIT UND AUSBEUTUNG IM KAPITALISMUS (Arbeitstitel)

Die unten genannten Ideen sind der praktische Ausdruck dessen, was der momentane Stand der theoretischen Diskussionen unter uns an diesem Arbeitstitel ist. Für die konkrete Mobilisierung halten wir den Arbeitstitel für wenig brauchbar. Wir wollen fetzige Parolen, die zwar den Stand der Diskusionen ausdrücken, aber nicht für jede und jeden ein lückenloses Nachvollziehen der theoretischen Analysen nötig machen, die diesem Arbeitstitel zugrunde liegen. Die Verbindungslinien hinken noch, die Aktionen lassen sich nicht immer klar zu den im Titel formulierten Anspruch setzen.

1). Mit einer Aktion wollen wir eine Schnittstelle von Reproduktionsarbeit und weiblicher Lohnarbeit thematisieren.

Ideen dazu sind Zeitarbeitsfirmen, konkreter Sklavenhändler die Reinigungsarbeiten vermitteln, in denen Frauen arbeiten deren weibliche Sozialisation praktisch vom Kapital nutzbar gemacht wird. Hierzu wäre eine öffentlich angekündigte Aktion vor z.B. ADIA oder TEMPORÄR möglich. Andere Möglichkeiten wären vor einem Kaufhaus oder einer Ehe- und Familienberatungsstelle (HAUS DER FAMILIE in der Nähe des FLUGHAFEN TEMPELHOF) oder es könnte zu einem Verband/Institution wie CARITAS oder dem DRK hin mobilisiert werden.

2). Um die patriarchale Zurichtung von Männern und Frauen schlagen wir eine weitere zentrale Großaktion an einer Stelle vor, wo diese produziert wird. Wir denken an eine Zeitungsredaktion oder eine Werbeagentur. Auch hier wollen wir bei der konkreten Auswahl eine Verbindung des Inhaltes mit der praktischen Behinderung des Kongresses herstellen.

3). Drittens schlagen wir eine Aktion vor dem PAN AM Büro vor. PAN AM ist Nutznießer von Zwangsarbeit. Hier wollen wir zwei Punkte hervorheben: Zwangsarbeit im Knast und Zwangsprostitution im Trikont. Zum einen wollen wir hiermit an Verweigerung von und Widerstand gegen die Zwangsarbeit im Knast anknüpfen. Diesen Bezug greifbar zu machen, stellen wir uns vor über Kontakte mit Knakis bzw Zusammenarbeit mit Knastgruppen und über Kundgebungen vor den Knästen in der Zeit der Mobilisierung.

Wir sind bisher zu wenige, um diese Vorschläge zu öffentlich angekündigten Aktionen vorzubereiten und dazu zu mobilisieren. Wir werden noch andere Gruppen bzw. einzelne Leute suchen für eine Zusammenarbeit, wenn die Vorschläge auf Interesse stoßen.

VORSCHLAG ZUM IWF AKTIONSTAG Di 27.September

Der Tag wurde unter dem Motto Bevölkerungspolitik/ Entwicklungspolitik/ Sexismus/ Rassismus diskutiert.

Die aktuelle Bevölkerungspolitik hier und im Trikont stellt eine der wesentlichen Angriffslinien patriarchaler imperialistischer Herrschaft dar.

Die Bedeutung der Bevölkerungspolitik der 80er Jahre liegt in der Breite und der Intensität des Angriffs. Er reicht von der Produktion von Flüchtlingsströmen bis zum direkten gentechnologischen Angriff auf die Körper der Menschen. Im Zentrum dieses Angriffs stehen die Frauen.

Dessen Arsenal reicht im Trikont von der Inszenierung regional begrenzter Kriege (z.B. Iran/Irak), dem Konflikt niedriger Intensität (z.B. Lateinamerika) über organisierte Massenzwangssterilisierung bis zum Einsatz sozialreformerischer Nichtregierungsorganisationen.
Gleichzeitig läuft der Angriff in der Metropole über die Entstaatlichung von Sozialleistungen, Verschärfung der Flüchtlingspolitik, sozialer und genetischer Erfassung (Volkszählung, humangenetische Beratungsstellen) und dem Ausbau von Gentechnologie und Agrobusiness.
Damit dieses Schweinesystem so funktioniert, liefert die Gentechnologie die Produktionsmittel, IWF und Weltbank sichern die Produktionsbedingungen und die imperialistische Weltinnenpolitik sorgt Hand in Hand mit den nationalen Bougeoisien für dessen Vollzug, d.h. Integration oder Vernichtung.
DAMIT DAS NICHT SO FUNKTIONIERT RUFEN WIR ZUM KAMPF GEGEN IWF UND WELTBANKTAGUNG AUF !!!

Vorschläge zum Aktionstag:

- geplant sind verschiedene Stadtspiele. Die Spielanleitungen werden rechtzeitig bekannt gegeben.
- zentrale Kundgebungen. Wir stellen uns vor, daß der Weg zu bzw. von den Kundgebungsorten von vielfältigen Aktionen begleitet werden kann. Auch hier werden die Spielpläne rechtzeitig bekannt gemacht.

Die Spielpläne werden die Funktion haben, aufzuzeigen, daß IWF/WB Tagung nicht nur im ICC stattfinden, sondern daß viele Institutionen, Konzerne bis hin zu Sex Shops als Orte unseres Widerstandes thematisiert werden können. Sie werden nur die Orte nicht die Aktionsformen enthalten (ob Flugblattaktionen, Begehungen oder kurzfristige Besetzungen müssen sich die Gruppen selbst überlegen).

- Flughafenblockade. Gedacht ist an einenmassenhafte Autokorso rund um das Terminal, der An- und Abflug behindern wird.
  Abend schlagen wir den Besuch der Kulturstätten der Banker (deutsche Oper, Philharmonie etc.)

Diskussion / Vorschläge zum 3. Aktionstag:
" Den Imperialismus im Alltag angreifen "

Wir wollen besonders an diesem Aktionstag ausdrücken, daß wir uns nicht allein aus der Analyse des IWF/Weltbank und der Solidarität mit den kämpfenden Männern und Frauen im Trikont, wehren,- sondern von der Realität in den Metropolen ausgehen.
D.h., daß wir in den Bereichen und an den Orten angreifen, wo wir uns tagtäglich gegen die HERRschenden Verhältnisse wehren.
Ausgehend von den in der Einleitung dargestellten Kriterien, geht es uns darum, die vielfältigen Formen von alltägl. Verweigerung und Widerstand gegen HERRschaft und Ausbeutung in - auch öffentlich angekündigten- Aktionen zuzuspitzen und aufzuzeigen, daß das System in seiner scheinbaren Allmacht auch überall Angreifbar ist.

Das heißt für uns vor allem :
- kollektive Aneignung - "nehmen wir uns, was uns sowieso gehört"
- gezielte Störung von Abläufen ,die das System am funktionieren halten -- " Sand im Getriebe der Macht "

(Desshalb erscheint uns der ursprüngl. Arbeitstitel "Profit, Elend, Widerstand" für eine praktische Mobilisierung als zu eng und zu abstrakt. Darum die Parole "Den Imperialismus im Alltag angreifen".)

All das eröffnet eine ungeahnte Vielfalt von Aktionsmöglichkeiten. Vorgeschlagen sind bisher:
- Blockade/Störaktionen bei Siemens in Siemensstadt (gemeinsam mit Anti-Akw-Zusammenhängen)
- Kundgebung in der Puttkamer Straße bei den Ausländerbullen (um Verbindungen zwischen Bullen, Repression und Arbeitsemmigrantinnen/Flüchtlingen aufzuzeigen)
- kollektive Besichtigung eines Kaufhauses in der City
- kollektives Schwarzfahren
- ....

Soweit unsere ersten gedanken, die wir gerne mit interessierten Gruppen bei einem Vorbereitungstreffen, das voraussichtlich nächste Woche sein wird, diskutieren wollen.

Internationalismus - Tag

Die Parole unter der der Internationalismus-Tag stattfinden soll lautet: Der Trennungsstrich verläuft nicht zwischen der Metropole und den Ländern des Trikonts, sondern zwischen oben und unten.

Kriterien für uns sind, daß wir
- mit vielen zusammen die Aktionen durchführen wollen
- den Ablauf des Kongresses stören wollen und
- keine Aktionsformen wollen, die andere ausschließt, sondern daß sie zusammenwirken sollen.

Ob wir an diesem Tag eine Demo machen oder nicht ist noch offen, sie wäre dann aber selbst praktischer Ausdruck des Internationalismus-Tages. Ein anderer Vorschlag wäre, an einem Kulminationspunkt in der City, an dem auch unterschiedliche Objekte sind, eine Kundgebung zu machen. Kundgebung kann aber auch eine Blockade sein (z.B. Flughafen).

Wichtig ist, daß wir an einem Punkt mit vielen Menschen zusammenkommen wollen und damit auch die Nachrichtensperre an diesem Tag durchbrechen zu können. Das heißt auch, daß wir uns dann konkret durchsetzen müssen. Dazu ist es notwendig, daß wir viele sind, um die optimale Stärke zu bekommen. Es geht darum, daß die Menschen aus den Ländern des Trikonts (die an diesen Aktionstagen ihre Augen auf uns gerichtet haben!) uns an diesem Tag überhaupt mitbekommen und sehen, daß es auch hier in der Metropole Widerstand gegen iwf und weltbank gibt.

Wir müssen davon ausgehen, daß wir uns an diesem Tag evtl. nicht durchsetzen können (z.B. Erfahrungen während der EG-Demo in HH) und uns deshalb Alternativen überlegen, damit dies nicht geschieht. Uns muß klar sein, daß wir hier als Widerstand auch sichtbar sein wollen und nicht sofort an ihrem Konzept des Unmöglichmachens jeder Art von Zusammenkommen und -treffen zu scheitern.

Es könnte jetzt erstmal überlegt werden, welche Punkte das sein könnten, an denen wir uns treffen wollen und was wir da sagen wollen. Im vorhinein des Internationalismus-Tages sollten wir Öffentlichkeitsarbeit in Form von Aufrufen, Flugis, Transparenten etc. zu diesem Tag machen, damit viele Leute sich mit dem Inhalt auseinandersetzen können und sich auch massenhaft beteiligen können.

Über Lampenputzer und andere Köche...

1.
Dienstag abend. Erste autonome VV zum Stand der IWF-Kampagne. Endlich. Aber "Nicht zuviel erwarten" warnt schon die Info-Tafel mit der Ankündigung. (Kurze Zwischenüberlegung: Ist die Erwartung auf Informationsaustausch und lebendiger Auseinandersetzung schon ein zu hoher Anspruch?)
Trotz dieser sicher gut gemeinten Warnung hauen die dann folgenden Ereignisse voll rein: es beginnt mit der kümmerlichen Abspeisung der der Informationshungrigen mit halbgaren Papieren zu den Aktionstagen. Das Rezept scheint nicht schlecht, aber wo sind die Köche? Warten. Schweigen. Warten.
Ist die Bescheidenheit der Köche vielleicht wohlwissentliche Vorsicht? Jedenfalls scheint zumindest im Saal niemand die IWF-Politküche jemals betreten zu haben. Niemand kann oder mag Auskunft geben, wer warum überhaupt diese magere VöllereiVersammlung einberufen hat. Es gibt keine Informationen zum Stand der Dinge, niemand will etwas über die vorhandenen Zutaten wissen können. Komisch. So will niemand das angerichtete halbgare Zeug in sich reinwürgen. So langsam kocht der Saal, aber vor Wut...

2.
Auf der VV spricht niemand aus, was Offensichtlich ist: als aktions- und tragfähige Strukturen für die IWF-Kampagne und die Aktionstage stehen die bekannten und exponierten IWF-Gruppenzusammenhänge nicht mehr zur Verfügung, haben sich in diesem Sinn aufgelöst.
Vielleicht weil sich niemand diese bittere Erkenntnis klarmachen will, warten alle Anwesenden auf Informationen aus diesen Zusammenhängen. Zu Recht und mit guten Gründen.
Aber verflucht noch mal, wo waren eigentlich die Leute, die seit über einem Jahr den IWF-Kongreß verbal bereits verhindert haben; die seit über einem Jahr revolutionäre Sprüche und Ansprüche produziert haben; die seit über einem Jahr die verschiedenen Teilbereiche revolutionär zusammenbringen wollen?
Ohne die notwendigen Informationen aus diesem Zusammenhang war eine VV-Diskussion einfach unmöglich. Schließlich sind hier in diesem Rahm.Vorgaben und Vorstellungen entwickelt worden,die die bisherigen Diskussionen und Überlegungen zum Widerstand gegen den Kongreß geprägt und strukturiert haben. Alleine die Vorgabe der autonomen Parole:"Verhindern wir diesen Kongreß". Aber immer noch niemand, die mal einfach rüberbringt, was Sache ist. So wird die katastrophale Situation nur noch katastrophaler und die Rat- und Sprachlosigkeit ist nur noch die angemessene und verständliche Reaktion.

Es ist eine absolute Schweinereiund politische Dummheit, den Genossinnen die desolate Situation der Kampagne verheimlichen zu wollen. Im Endeffekt kann dabei nur das bei rauskommen, was wir am Dienstag aben erlebt haben: eine frustrierende und demobilisierende, politisch schädliche Veranstaltung.
An die Leute der IWF-Gruppen: Wenn ihr die Erwartungen (die ihr selbst mitgeweckt habt) nicht erfüllen könnt, dann sagt es bitte! Laut und deutlich.
Eine Erklärung von eurer Seite ist dringend nötig.

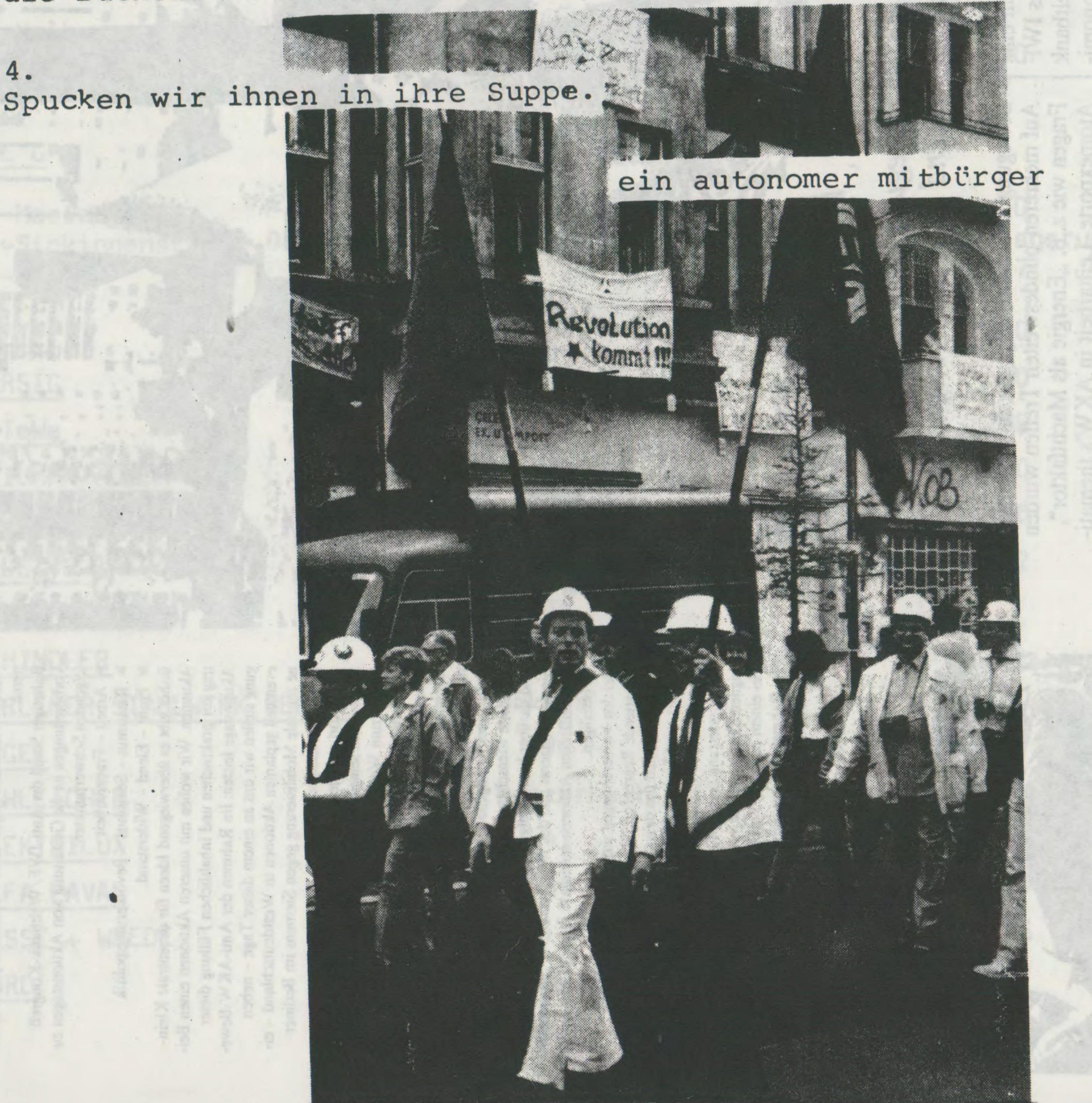
3.
Ziel der IWF-Kampagne ist erklärtermaßen nicht die Organisierung (des punktuellen und zeitlich auf die drei Tagungstage fixierten) Widerstands gegen die Tagung, sondern die Vereinheitlichung und Forcierung der revolutionären Debatte.
Durch den Bezug auf die Am schärfsten und stärksten im Widerspruch zum Kapital, Imperialismus und Patriarchat stehenden Menschen im Trikont und der Ausgrenzung der Reformer hier sollte sich dieser Prozeß vollziehen und sichtbar werden im gemeinsamen revolutionären Widerstand gegen die IWF/WB-Tagung.
Dieses Konzept hat allerdings noch nicht einmal innerhalb der linksradikalen Szene die erhoffte Überzeugungskraft gewonnen.
Das letztlich fehlende Interesse an einer ernsthaften Auseinandersetzung, die eben nicht solidarisch geführten Debatten zum "Neuen Internationalismus" sind ein Hinweis darauf.
Durchgesetzt hat sich aber als Nebeneffekt dieser Auseinandersetzung ein ungeheurer inhaltlicher Anspruchsdruck gegenüber Aktionen im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen den IWF, der zusammen mit der befürchteten Repression nur Lähmt.

Die Ansprüche der IWF-Kampagne und der Widerstand gegen die Tagung sind aber zwei verschiedene Sachen, die wir trennen sollten.

Der Aktionsvorschlag aus dem Anti-AKW-Spektrum zur Unruhe in Siemensstadt hat als erster die Angst überwunden, mit einem Vorschlag den Ansprüchen nicht zu genügen.
Die Bildung von Arbeitsgruppen, die die einzelnen Aktionstage vorbereiten sollen ist ein anderer Schritt.
Schauen wir uns lieber auch mal in der Stadt um und nicht nur in die Bücher. Ein IWF besucht uns schließlich nicht alle Tage.

4.
Spucken wir ihnen in ihre Suppe.

ein autonomer mitbürger



Warum Siemens?

Dieser Konzern profitiert wesentlich von der IWF/Weltbank-Politik.
Siemens ist einer der größten multinationalen- und Rüstungskonzerne der BRD mit Vertrieb und Produktion in 128 Staaten. Jeweils die Hälfte seines Gesamtumsatzes wird in der BRD und im Ausland von rund 216 000 lohnabhängigen Frauen und Männern erschuftet.
Siemens steht für uns exemplarisch für eine lebensfeindliche, patriarchalisch, kapitalistische Organisation von Arbeits- und Lebensbedingungen. Dabei ist die Frauenarbeit in der Lohnarbeit und im Reproduktionsbereich Grundlage und materielle Basis zur Aufrechterhaltung von Herrschaft und Profit. In den Weltmarktfabriken des Konzerns sind die ArbeiterInnen nach 3-5 Jahren körperlich so kaputt, daß sie entlassen werden.

Dieser Konzern produziert z. T. Güter, die uns nichts nützen und zudem unsere Lebensgrundlagen bedrohen.
Siemens ist hauptverantwortlich für die Planung und Durchführung des bundesdeutschen Atomprogramms. So wurden von der Konzerntochter KWU so gut wie alle bundesdeutschen Atomanlagen von Brokdorf über Ohu bis Wackersdorf mit Milliardenprofit gebaut. Nach dem Transnuklear-Skandal wurde das Atomprogramm von Siemens und der Deutschen Bank zentralisiert. Für die Zukunft findet die gesamte Brennelementproduktion bundesdeutscher AKWs unter Regie von Siemens statt. Ungeachtet der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und gegen den Willen der Bevölkerung setzt Siemens das Atomprogramm weiter fort und verdient daran auf unsere Kosten.

Seit über einem Jahrzehnt organisiert dieser Konzern den Export von Atomanlagen nach Brasilien und verdient daran Milliarden. - auf Kosten der dortigen Bevölkerung. Der Konzern hält weiter an seiner existenzvernichtenden Exportpolitik fest.

Für die Zukunft ist die Entwicklung kleinerer „angepaßterer" HochtemperaturReaktoren (HTR) für die sogenannten Entwicklungsländer vorgesehen, die modellhaft in der BRD gebaut und erprobt werden sollen. Dies wird im jüngsten Weltbank-Energieprogramm unterstützt.

Siemens ist eines der Vorreiterunternehmen im derzeit stattfindenden Umstrukturierungsprozeß auf dem Arbeitsmarkt, d. h. aktuell geplante Massenentlassungen in Berlin und anderswo, Flexibilisierungen der Arbeitszeit, Aufsplitterung der Arbeitsstrukturen (z. B. Leiharbeit) und dadurch Individualisierung der Lohnabhängigen. Einführung der 7-Tage-Woche, Schichten rund um die Uhr bei der Computerteileproduktion (Megabitchip) in Regensburg ist ein Beispiel dafür.

Aus der Forschung im Bereich Atomanlagen und Rüstung sind neue Technologien (Prozeßsteuerung, Leittechnik, Datenverarbeitung usw.) entstanden, die heute wichtig sind für die Automatisierung und Überwachung am Arbeitsplatz und in allen Bereichen der Gesellschaft. Diesen Zielen dient auch die Einführung neuer Siemens-Informations- und Kommunikationstechnologien, die zu einer weiteren Entfremdung unseres Lebens führen.

In den ausländischen Standorten dieses Konzerns sind die Menschen in noch krasserer Weise mit den Auswirkungen der Siemens-Geschäftspolitik konfrontiert: Siemens profitiert von der Arbeit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit im Rassistenstaat Südafrika und arbeitet mit Militärdiktaturen in Lateinamerika zusammen.

IWF und Weltbank sind wirksame Instrumente zur Ermöglichung und Aufrechterhaltung der Geschäftspolitik von Siemens.

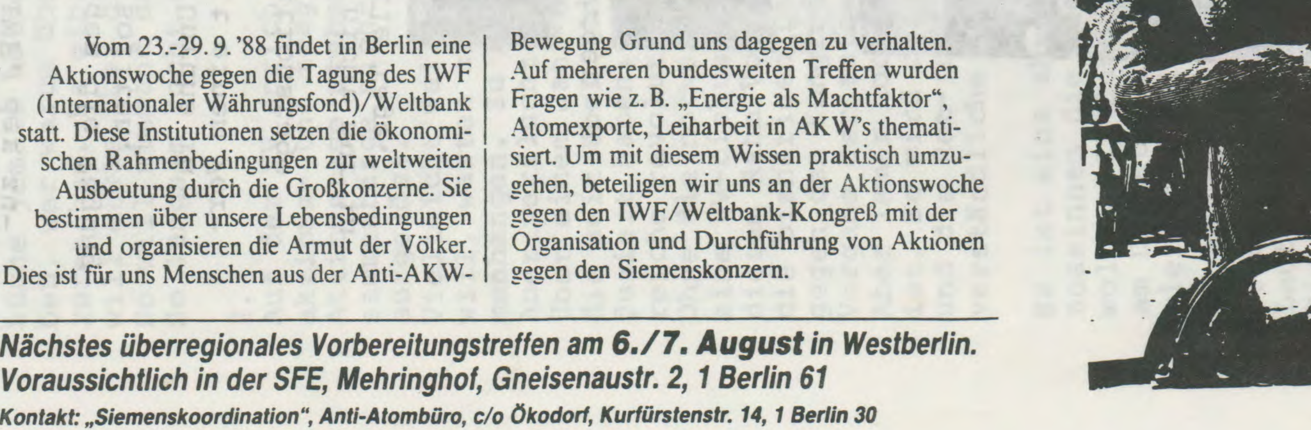
Zum Weiterlesen:

„Fortschritt a la Siemens...". Hrsg.: AG Stahl und Metallindustrie in Bayern, c/o GNN Verlagsgesellschaft, Postfach 110724, 8900 Augsburg 11, 1987

„Siemens – Vom 3. Reich zur 3. Welt", Hrsg: Entwicklungspolitische Korrespondenz HH, 1983 ·

„Atomtechnologie und Umstrukturierung am Beispiel Siemens", Hrsg.: Wendlandplenum HH, 1987, c/o BUU HH, Hohenesch 63, 2 HH 50





Was tun mit IWF?

Aufruf aus der Anti-AKW-Bewegung zu zentralen Aktionen gegen Siemens während des IWF-Kongresses

Vom 23.-29. 9. '88 findet in Berlin eine Aktionswoche gegen die Tagung des IWF (Internationaler Währungsfond)/Weltbank statt. Diese Institutionen setzen die ökonomischen Rahmenbedingungen zur weltweiten Ausbeutung durch die Großkonzerne. Sie bestimmen über unsere Lebensbedingungen und organisieren die Armut der Völker. Dies ist für uns Menschen aus der Anti-AKW-Bewegung Grund uns dagegen zu verhalten. Auf mehreren bundesweiten Treffen wurden Fragen wie z. B. „Energie als Machtfaktor", Atomexporte, Leiharbeit in AKW's thematisiert. Um mit diesem Wissen praktisch umzugehen, beteiligen wir uns an der Aktionswoche gegen den IWF/Weltbank-Kongreß mit der Organisation und Durchführung von Aktionen gegen den Siemenskonzern.

Nächstes überregionales Vorbereitungstreffen am 6./7. August in Westberlin. Voraussichtlich in der SFE, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61

Kontakt: „Siemenskoordination", Anti-Atombüro, c/o Ökodorf, Kurfürstenstr. 14, 1 Berlin 30

Aktionsrahmen

Viele Gruppen beschäftigen sich seit längerer Zeit mit den Machenschaften von IWF und Weltbank und versuchen Widerstand gegen diese Institutionen zu organisieren.
Bisheriger Stand der Anti-IWF/Weltbank-Kongreß Vorbereitungen ist die Gestaltung von Aktionstagen zu folgenden Schwerpunkten:

- Arbeit – Frauenarbeit
- Rassismus – Sexismus – Bevölkerungspolitik
- Profit – Elend – Widerstand.

Bisher gibt es überwiegend Ideen für dezentrale Klein-Aktionen. Wir wollen mit unseren Aktionen einen Beitrag zur praktischen und inhaltlichen Füllung dieser Aktionstage leisten: Im Rahmen der Anti-AKW-Bewegung stellen wir uns an einem dieser Tage – neben eventuell geplanten Aktionen in Westdeutschland – eine zentrale Mobilisierung gegen Siemens im Berliner Bezirk Siemensstadt vor:
Aktionsort an einem Tag der Aktionswoche ist dieser Stadtteil mit seinen Siemens-Werken, sowie allen Zufahrten zum Werk und in den Stadtteil.
Politisches Ziel ist die öffentlichkeitswirksame Einmischung in den von den Siemens-Produktionsstätten bestimmten Alltag dieses Bezirks. Am U-Bahnhof Siemensdamm, dem Geschäftszentrum des Bezirks, soll in Form einer Kundgebung ein Anlaufpunkt für viele interessierte Menschen geschaffen werden. Alle Menschen sind darüber hinaus aufgerufen, sich an der Störung des Siemenskonzerns und des Arbeitsalltags in Siemensstadt mit vielfältigen Aktionen innerhalb ihrer Möglichkeiten zu beteiligen.
Bei den Vorbereitungen wollen wir realistisch die zu erwartende Repression und Überwachung berücksichtigen. Wir wollen uns davon aber nicht abschrecken lassen. Es wird Einiges möglich sein... Wir versprechen weniger als wir leisten können.
Zur Umsetzung dieser Möglichkeiten sind vorher angeeignete Ortskenntnisse von großem Nutzen. Sie können bei einem nächsten Vorbereitungstreffen in Berlin z. B. im Rahmen der anti-imperialistischen Stadtrundfahrt angeeignet werden.

Ergebnis des zweiten bundesweiten Treffen Anti-Akw-Bewegter zum IWF/Weltbank-Kongress vom 25./26. 6. '88

1988 - TAUSENDE VON ARBEITSPLÄTZEN IN BERLIN GEFÄHRDET !

Nachdem Jahr für Jahr immer mehr industrielle Arbeitsplätze von den großen Konzernen in Westberlin vernichtet wurden,droht in diesem Jahr ein weiterer dramatischer Abbau.

Gleichzeitig mit dem beginnenden Konjunkturabschwung und mit Kürzungen der Berlinsubventionen durch die Bundesregierung,vollzieht sich in der Berliner Elektroindustrie ein Strukturwandel,der viele Arbeitsplätze vorallem von Frauen,und hier besonders von ausländischen Frauen gefährdet.

Betriebe wie Siemens,AEG,SEL und DeTeWe vernichten oder verlagern ihre Fertigung für die Kommunikationstechnik.Fernschreiber,Telefone,Funkgeräte werden bald nicht mehr in unserer Stadt sondern in Westdeutschland oder gar im Fernen Osten gefertigt werden.

An erster Stelle bei dieser Arbeitsplatzvernichtung in Berlin stehen wie eh und je die Großkonzerne Siemens (Beschäftigte 1961 : 36 000 , 1987 : 17 000) und AEG (1961 : 23 000 , 1987 : 7 700).Bei SEL und DeTeWe sollen durch die Umstellung der Technik hunderte von Arbeitsplätze vernichtet werden.Es ist noch nicht abzusehen,was außer den angekündigten Entlassungen von 600 Kolleginnen und Kollegen noch alles geplant ist,da SEL im Zuge der Konzentrationswelle in der Elektroindustrie zur Zeit ausgeschlachtet wird.

S I E M E N S	Arbeitsplatzabbau 1987	gefährdete Arbeitsplätze 1988
-Dynamowerk	1400 (Dynamowerk bis Kabelwerk)	450
-Übertragungssysteme		200
-Fernschreiberwerk		300
-Schaltwerk		200
-Kabelwerk		100
-Voltawerke (stillgelegt)	320	
-Osram	80	130
-Kraftwerk Union	52	?
A E G		
-Marienfelde	70	50
-Sickingenstraße Olympia	kurzarbeit	verlagerung ?
-Kanis		17
S E L		600
BORSIG	180	50
DeTeWe	200	280
TRIUMPH ADLER	520	280
ZEISS IKON	100	150
GILETTE		52
WERNER + KOLB	35	
SCHINDLER	100	?
BERLINER STAHLWERK BECKER	konkurs	.110
VOGEL	70	?
SCHLEICHER	kurzarbeit	?
ELEKTRILUX	41	
ALFA LAVAL	60	23
HASSE + WREDE		36
FORD	51 (Zeitarbeit)	?

AUTONOME POLITIK UND PRAXIS IM SPIEGEL DER STAATSSCHUTZ-ERKENNTNISSE

Auszüge aus dem Verfassungsschutz-Bericht 87

"Autonome"

Seit Beginn der 80er Jahre haben sich in zahlreichen Städten im Bundesgebiet und in Berlin (West) autonome Gruppen gebildet. Ihnen gehören mehr als 2.000 Personen an.

Anmerkung:
Die Angehörigen dieser Gruppen werden im folgenden als 'Autonome' bezeichnet.

Die autonomen Gruppen verfügen weder über feste organisatorische Gliederungen, noch über ein einheitliches ideologisches Konzept. Sie wollen "autonom" sein, d.h., unabhängig von fremden Einflüssen ihre Vorstellungen verwirklichen. Das gilt besonders gegenüber dem Staat und gegenüber dessen Gesetzen und Einrichtungen. Autonome bezeichnen die bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung als ein ausbeuterisches System, das abgeschafft werden muß. Für den Kampf gegen dieses System halten sie Gesetzesverletzungen bis hin zum "militanten Kampf" für geeignete und gebotene Mittel.

Inhaltlich stimmen die unterschiedlichen autonomen Gruppen in der grundsätzlichen haßerfüllten Ablehnung des Staates und der bedingungslosen Ablehnung aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen "Zwänge" überein. Hier werden anarchistische Grundvorstellungen vermischt mit marxistischen Positionen sichtbar.

Autonome fallen durch eine fast einheitliche schwarze Kleidung auf. Sie treten bei Kundgebungen und Demonstrationen häufig blockweise auf. Die militanten Autonomen vermummen sich dabei oft, vor allem mit den sogenannten Haßkappen: schwarze Masken, die nur die Augen freilassen. Vor allem diese Maskierung trägt dazu bei, das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den militanten Autonomen zu stärken und deren Aggressivität zu steigern. Soweit Autonome überhaupt kurzfristig Konzepte entwerfen, beruhen diese verschiedentlich auch auf verschwommenen nihilistischen Vorstellungen. Neuerdings können im zunehmenden Maße auch revolutionär-marxistische Vorstellungen und Zielsetzungen festgestellt werden.
Ein gemeinsames Kampfprogramm haben Autonome nicht. So ist die autonome Bewegung auch in verschiedene Strömungen und Stoßrichtungen zerfasert. Seit Jahren führt die autonome Szene Perspektiv- und Strategiediskussionen. Autonome protestieren aber auch handgreiflich gegen Staat und Gesellschaft. Der Haß gegen Staat und Gesellschaft artikuliert sich unterschiedlich: Manche Autonome scheinen sich damit zu begnügen, soviel wie möglich "platt machen zu wollen". Andere konzentrieren sich kurzfristig auf regionale Bewegungen, die einen Protest in bestimmten Teilbereichen ausdrücken wollen. Es sind oft kurzlebige örtliche Widerstandskämpfe mit dem Ziel "das-Ding-muß-weg/darf-nicht-gebaut-werden" [99].

Angesichts der auch von Autonomen durchaus erkannten Fruchtlosigkeit ihrer Bemühungen ergeben sich im zunehmenden Maße Ansätze zu einer Ideologisierung, die eine "revolutionäre Politik" verfolgt. Man will weg von einer kurzatmigen Revolte und mittel- bis langfristig einen revolutionären Prozeß in Gang setzen. Um die geeignete Massenbasis dafür zu haben, propagieren Autonome in Flugschriften und "Szeneblättern" eine stärkere soziale Verankerung der Kämpfe. Unter Rückgriff auf marxistische Ansätze fordern sie, daß sich die autonome Militanz als Ausdruck des Veränderungswillens der unterdrückten Klasse stets eindeutig gegen Kapitalismus und Imperialismus wenden müsse [100]. Autonome schlagen dann den Bogen von den Problemen des täglichen Lebens - sie sprechen vom Kampf gegen Maloche und Schule, gegen Sozial- und Arbeitsämter - hin zu den übergeordneten Weltproblemen. Der Tageskampf muß nach ihrer Meinung mit Anti-NATO-, Anti-AKW-, Südafrika- und Mittelamerikafights [101] zusammengeführt werden. Sie wollen also das kapitalistische System "gesamtgesellschaftlich" angreifen. Hilfe für die Verwirklichung solcher sozialrevolutionären Anliegen suchten diese Autonomen bei Arbeitslosen, Leiharbeitern oder Jobbern. Ihr Versuch, diese neuen "Entgarantierten" [102], wie sie von ihnen bezeichnet werden, für gemeinsame direkte Aktionen zu gewinnen, schlugen jedoch fehl. Geradezu als lebenswichtig für ihr Streben nach Unabhängigkeit sehen die Autonomen den Besitz von Häusern und anderen "autonomen Zentren" an. Nur hier glauben sie, die notwendigen Freiräume für ihr selbstbestimmtes Leben zu finden, um so in der Lage zu sein, eine eigene "Kultur von unten" zu entwickeln und eine revolutionäre Gegenmacht [103] zu organisieren. Hausbesetzungen wurden deshalb auch im vergangenen Jahr fast durchweg von Autonomen durchgeführt oder zumindest mitorganisiert.

Die Autonomen fühlen sich - verständlicherweise - von der staatlichen Gewalt am meisten behindert. Fast weinerlich beklagen sie, daß der Staat die Bemühungen, Massenmilitanz zu entwickeln, verhindert hat. Längst nicht von allen Autonomen wird das Ausweichen in militante Einzelaktionen, wie Brandanschläge, Zerstörungen von Strommasten, als Ersatz angesehen. Selbstkritisch wird vermerkt, daß solche Sabotageaktionen für viele Gruppen nicht mehr Ausdruck der Stärke seien, sondern nur das letzte Mittel, überhaupt noch wirksam agieren zu können [104].

Unterschiedliche Auffassungen zwischen den verschiedenen autonomen Gruppen wurden sichtbar, als bei einer Protestaktion am 2. November an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens erstmals aus ihren Reihen mit einer Pistole auf Polizeibeamte geschossen wurde. Zwei Beamte wurden tödlich getroffen, zwei weitere schwer verletzt (vgl. Kap. VI. Ziff. 1). Die Anhänger der autonomen Gruppen reagierten zwiespältig: Einige zeigten sich erschrocken und verurteilten die Tat; sie erklärten, daß der Weg zu einer freien Gesellschaft nicht mit Leichen gepflastert sein könne. Im Gegensatz dazu gab es auch eine Reihe von Autonomen, die z.T. mit menschenverachtenden Parolen ("Zwei voll Blei - bleibts dabei?") [105] die Todesschüsse begrüßten. Die Mehrzahl der Autonomen verhielt sich ebenso wie die meisten anderen Gruppen der "Neuen Linken": Sie bezeichneten die Schüsse als taktisch oder als politisch falsch. Es fehle der Bezug zu Ziel und Vorstellungen gegenwärtiger autonomer Politik; es sei kein Bezug zum Stand der Klassenauseinandersetzung [106] in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden Der Gebrauch von Schußwaffen bei Demonstrationen sei derzeit unsinnig - es herrsche hier kein Bürgerkrieg. Überwiegend war man sich aber darin einig, daß eine "revolutionäre Perspektive" auch die bewaffnete Gewalt mit einschließe.

Unter diesen Umständen kann nicht ausgeschlossen werden, daß zumindest Einzeltäter aus dem Bereich der Autonomen auch weiterhin zu Schußwaffen greifen werden.

<u>Beteiligung an der Kampagne zum Boykott der Volkszählung</u>

Gegen die Volkszählung agitierten revolutionäre Marxisten und Anarchisten mit gleicher Intensität.
Die meisten Gruppen der "Neuen Linken" riefen dazu auf, jegliche Mitwirkung an der Zählung zu verweigern; einzelne forderten, die Zählung auch mit Gewalt zu behindern. So wurden Zähler bedroht und tätlich angegriffen, Volkszählungsbögen entwendet und zerstört. Einwohnermeldestellen, statistische Ämter und Erhebungsstellen für die Zählung waren Ziel von Sachbeschädigung, Brandstiftung und vereinzelt auch von Sprengstoffanschlägen (vgl. Kap. VI, Ziff. 1). Als sich mit Beginn der Volkszählung abzeichnete, daß die Boykottaufrufe kaum befolgt wurden, ebbte die Kampagne ab.

<u>Einflußversuche auf Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit</u>

Revolutionär-marxistische Gruppen sahen vor allem in der Agitation vor und in Betrieben und der Mitarbeit in Gewerkschaften einen Schwerpunkt ihrer "revolutionären Kleinarbeit zur Gewinnung der Arbeiterklasse für den Sozialismus". Die K-Gruppen nutzten dabei z.B. die Besorgnisse vor Stillegung weiterer Stahlwerke im Ruhrgebiet als Anknüpfungspunkt.

<u>"Dritte Welt Solidarität" und "Anti-Imperialismusarbeit"</u>

K-Gruppen, Trotzkisten und undogmatische sozial-revolutionäre Gruppierungen betrachteten 1987 die Solidarität mit von ihnen als "Befreiungsbewegungen" bezeichneten Gruppierungen und mit revolutionären Entwicklungen in der Dritten Welt als ein wichtiges Arbeitsfeld. Einige von ihnen unterhalten Kontakte zu Guerilla-Organisationen in Lateinamerika; einzelne ihrer Mitglieder fuhren als Arbeitsbrigadisten nach Nicaragua. Viele solidarisierten sich mit dem Kampf der Palästinenser gegen den Staat Israel, den sie als "Brückenkopf des Imperialismus im Nahen Osten" diffamierten.
Bereits im Frühjahr begannen Gruppen der "Neuen Linken" gegen die geplante Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank im September 1988 in Berlin (West) zu agitieren. Sie verunglimpfen den IWF als Instrument zur "imperialistischen Weltherrschaft" und wollen das Treffen verhindern, mindestens aber stören.
Im Juni nutzten Teile der "Neuen Linken" den Besuch des amerikanischen Präsidenten in Berlin (West) zu Aktionen gegen die "imperialistische US-Politik". Bei der Vorbereitung einer Demonstration am 11. Juni: "Wir sagen nein zu Reagans Politik" arbeiteten Anhänger des KB und "Autonome" mit Vertretern der SEW und deren Vorfeldorganisationen sowie mit zahlrei-

chen demokratischen Gruppen zusammen. Im Demonstrationszug (etwa 25.000 Teilnehmer) marschierten "Autonome", Personen aus dem linksterroristischen Umfeld und andere militante Linksextremisten in einem geschlossenen "revolutionären Block" (etwa 1.500 meist vermummte Personen) (vgl. Kap. VI, Ziff. 2.2). Nach der Schlußkundgebung zertrümmerten sie Schaufensterscheiben und demolierten Fahrzeuge. Polizeibeamte wurden mit Steinen beworfen und mit Stahlkugeln aus Zwillen beschossen.

Beteiligung am Widerstand gegen die Nutzung der Kernenergie und gegen andere technische Großprojekte

Die Beteiligung der "Neuen Linken" an den Aktionen der "Anti-AKW-Bewegung" nahm ab. Die Zahl der Anschläge auf Strommasten ging um nahezu die Hälfte zurück (vgl. Kap. VI, Ziff. 4).
Zentrales Thema blieb zunächst der Widerstand gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe (WAA) in Wackersdorf/Bayern. In der zweiten Jahreshälfte konzentrierten sich, vor allem in Norddeutschland, viele Gruppen auf die Ausspähung und Behinderung von Atommüll-Transporten.
Mitglieder des KB, "Graswurzler" und "Autonome" arbeiteten auch im Trägerkreis für die "Herbstaktionen" gegen die WAA (8. bis 10. Oktober) mit. Kräfte der "Neuen Linken" beteiligten sich an verschiedenen Protestaktionen im Raum Schwandorf-Wackersdorf und griffen dabei auch Polizeibeamte an.

Die linksextremistische Agitation gegen die Gefahren moderner Großtechnik ist vordergründige Taktik. Damit sollen Ängste und Betroffenheit in der Bevölkerung geschürt, in Unmut über die parlamentarische Demokratie und schließlich in "Widerstand gegen das System" umgesetzt werden. Linksextremistischer Protest richtete sich daher auch wieder gegen andere technische Großprojekte, z.B. den Bau von Schnellbahntrassen der Bundesbahn und, wie schon seit Jahren, gegen die Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens. Wie schon (Ziff. 2.2.1) erwähnt, eskalierte dort die Gewalt der Linksextremisten bis zur Ermordung von zwei Polizeibeamten.

Kampf um "Freiräume"

Militante "Autonome" und andere gewaltbereite Gruppierungen der "Neuen Linken" versuchten auch 1987 wieder, ihre "Freiräume" für "selbstbestimmtes Leben", ihre von der "bürgerlichen Rechtsordnung" befreiten Refugien, gewaltsam zu verteidigen und möglichst noch auszuweiten.
Durchsuchungen und andere Maßnahmen der Strafverfolgung in besetzten Häusern, Kontrollen der Polizei bei "Straßenfesten", in "Szenetreffs" etc. bezeichneten sie als Provokation, die militant zurückgewiesen werden müsse. Räumungen besetzter Häuser wurden mit "Rachezügen", mit Sachbeschädigungen, Plünderungen und Brandstiftung beantwortet. In mehreren Städten, u.a. in Berlin, Freiburg, Braunschweig und Hamburg kam es zu Krawallen, bei denen Anhänger autonomer Gruppierungen, unterstützt von unpolitischen jugendlichen Randalierern, Straßen unpassierbar machten, die anrückende Polizei, bisweilen auch die Feuerwehr, mit Steinen, Stahlkugeln und Feuerwerkskörpern angriffen und schwere Straftaten verübten. "Autonome" und "Häuserkämpfer" im ganzen Bundesgebiet solidarisierten sich mit den Bewohnern besetzter Häuser in der Hamburger Hafenstraße. Als die Besetzer in Hamburg im Herbst einen Pachtvertrag zunächst nicht abschließen wollten und zur gewaltsamen "Verteidigung" der Häuser rüsteten, reisten viele auswärtige Militante zur Unterstützung an; sie halfen, die Objekte zu befestigen und Straßenbarrikaden zu bauen. Bei einem Protestumzug in Hamburg am 31. Oktober (insgesamt etwa 4.500 Teilnehmer) demonstrierten etwa 1.500 meist vermummte, mit Lederjacken und Sturzhelmen ausgerüstete Personen ihre "Kampfbereitschaft".

"Antifaschismusarbeit"

Der BWK, die VOLKSFRONT und in Norddeutschland auch autonome Gruppen agitierten wieder gegen behauptete neofaschistische Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland: Faschismus sei integraler Bestandteil des Kapitalismus; antifaschistischer Kampf müsse daher antikapitalistisch sein und sich gegen diesen Staat richten. Autonome "Antifa-Gruppen" forderten und praktizierten "offensive Gewalt" und "gezielte Angriffe gegen Neonazis". Die Zahl der Brandanschläge gegen Objekte (Wohnungen, Versammlungsräume usw.), die von Rechtsextremisten benutzt wurden, stieg erheblich an (vgl. Kap. VI, Ziff. 1).



Im Zusammenhang mit der (geplanten) Räumung bzw. Sanierung besetzter Häuser in mehreren deutschen Städten, insbesondere mit den zum Teil gewaltsamen Auseinandersetzungen um die Hamburger Hafenstraße, waren erneut Geldinstitute bundesweit ein bevorzugtes Angriffsziel (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.6). Der Protest gegen die Volkszählung wurde auch mit terroristischen Mitteln vorgetragen (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.1). Es kam zu 11 Sprengstoff- und Brandanschlägen, vorwiegend gegen Volkszählungsbüros. Die Zahl der Anschläge auf Versammlungsräume von Rechtsextremisten, deren Fahrzeuge, Verlage und Druckereien erhöhte sich (21; 1986: 12; vgl. Kap. IV, Ziff. 3.7). Ferner waren wieder Fahrzeuge und Gebäude der Polizei ein herausragendes Ziel der Anschläge linksterroristischer Gewalttäter. Die Zahl der gegen militärische Einrichtungen verübten Taten blieb dagegen erstmals gering. Zeitlich häuften sich die Terrorakte im April (Jahrestag des Reaktorunfalls von Tschernobyl), im Juni (Volkszählung) und im August (Anschlagsserie der "Roten Zora"; vgl. Ziff. 3). Regional wurden in Berlin, u.a. im Rahmen der Proteste gegen die "750-Jahr-Feier" und den Besuch des US-Präsidenten (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.3), die meisten Gewalttaten verübt (36 Fälle); es folgen Nordrhein-Westfalen (33), Bayern (32), Baden-Württemberg (22) und Niedersachsen (20).





"Rote Armee Fraktion" (RAF)

"Kommandobereich" und "Militante"

Weder der "Kommandobereich" der "Roten Armee Fraktion" noch die Personen aus dem RAF-Umfeld, die gelegentlich als "Militante der RAF" in Erscheinung getreten sind (1986 neun Sprengstoffanschläge "Kämpfender Einheiten"), haben 1987 terroristische Gewalttaten begangen. Ebenso enthielten sie sich jeglicher grundsätzlicher Erklärungen. Die von "Militanten der RAF" als Sprachrohr benutzte Untergrundschrift "Zusammen Kämpfen" erschien nur mit einer Ausgabe im Januar und einer Sondernummer im Dezember (1986 je 4). Darin wurden mit einer Ausnahme lediglich bereits veröffentlichte Texte und Taterklärungen auch ausländischer terroristischer Gruppierungen wiederholt. Trotz dieser äußerlichen Inaktivität ist zu befürchten, daß die "Rote Armee Fraktion", vor allem ihr 15 bis 20 Personen zählender "Kommandobereich", auch künftig schwerste terroristische Gewalttaten durchführen kann.

Umfeld der "Roten Armee Fraktion"

Das Umfeld der "Roten Armee Fraktion", insbesondere das auf etwa 250 Anhänger angewachsene engere RAF-Umfeld, befaßte sich 1987 schwerpunktmäßig mit den schon traditionellen Aufgabenbereichen der "Häftlingsbetreuung" und "Öffentlichkeitsarbeit".
Durch rege Besuchs- und Briefkontakte sowie Prozeßbesuche "betreuten" Angehörige des RAF-Umfeldes - oder bei angeordneten Besuchseinschränkungen auch hierfür gewonnene Drittpersonen - die inhaftierten (mutmaßlichen und verurteilten) RAF-Terroristen und -Unterstützer. Die "Häftlingsbetreuung" ist keine rein

Entwicklung der Terroraktionen

Die Zahl der Terrorakte **, die von deutschen linksextremistischen Gewalttätern 1987 begangen wurden oder ihnen nach dem gegenwärtigen Ermittlungsstand zuzurechnen sind, ist nach einem stetigen Anstieg in den letzten Jahren erstmals wieder gesunken (1984: 148; 1985: 221; 1986: 318) *.
Die heimtückischen Morde an zwei Polizeibeamten, vier schwer verletzte (zwei davon durch Schußwaffeneinwirkung) - erstmals wurde aus einer Demonstation heraus geschossen -, elf durch Störereinwirkungen leicht verletzte Polizeibeamte an der Frankfurter Startbahn West, eine weitere gefährliche Körperverletzung (Schüsse in die Beine), 28 Sprengstoff- und 149 Brandanschläge zeigen die weiter bestehende Gewaltbereitschaft **. Hinzugezählt

werden müssen erstmals aufgrund der Erweiterung des Straftatenkataloges des § 129a StGB durch das "Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus" vom 5. Dezember 1986 179 Taten (u.a. Gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr; Zerstörungen an öffentlichen Versorgungsbetrieben, Einrichtungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung und wichtigen technischen Arbeitsmitteln), die bisher unter den sonstigen Gewalttaten erfaßt wurden (vgl. Kap. VII). In mehreren Fällen konnten die mutmaßlichen Täter festgenommen werden. Die Höhe der verursachten wirtschaftlichen Schäden stieg jedoch - wegen einiger besonders schwerwiegender Fälle - stark an.

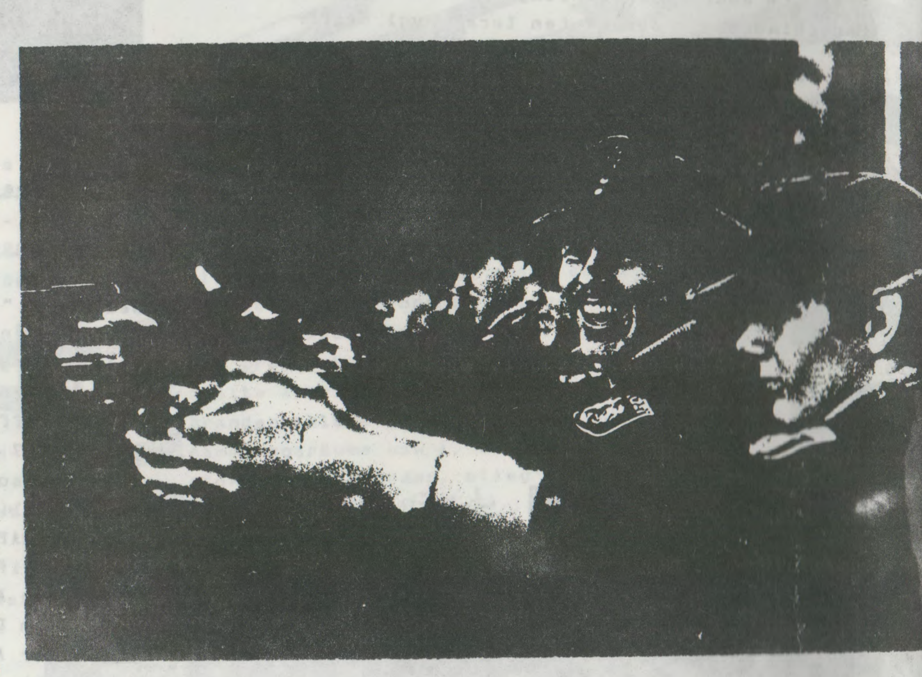
Wenn auch Mordtaten der bekannten Terrororganisationen im Jahre 1987 nicht zu verzeichnen waren, so darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bereitschaft und Fähigkeit zur Gewaltanwendung bis hin zur Durchführung schwerster terroristischer Anschläge innerhalb der "revolutionären Linken" unvermindert anhält.
Die Terrorakte sollen die grundsätzlich feindselige Haltung der Täter gegenüber dem bestehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gefüge in der Bundesrepublik Deutschland ausdrücken und der Bevölkerung die Entwicklung eines vorrevolutionären Klimas vorspiegeln.
Thematisch nahm auch 1987 - obwohl gegenüber dem Vorjahr in deutlich vermindertem Ausmaß - der "Kampf" gegen die Kerntechnologie mit allein 38 Brand- und Sprengstoffanschlägen den breitesten Raum ein (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.4). Militante Kernkraftgegner aus dem anarchistischen und autonomen Spektrum konzentrierten ihre Anschläge (insbesondere im Zusammenhang mit dem Bau der WAA in Wackersdorf) auf Gebäude, Gerät und Material hieran beteiligter Bauunternehmen sowie auf Einrichtungen der Energieversorgung (Strommasten und Umspannwerke). Damit hofften die Täter, die - wie sie es nennen - "Infrastruktur" der deutschen "Atommafia" entscheidend zu treffen. Des weiteren verübten sie mittels Bränden und Sprengsätzen Anschläge auf das Gebäude eines Konzerns und auf mehrere Banken, die sie als die "finanziellen Hintermänner" des "Atomprogramms" vermuten.

Nach Begehungsart und Täterkreis lassen sich die Anschläge des Jahres 1987 wie folgt aufschlüsseln (Vergleichszahlen 1986 in Klammern)

	Brandanschläge	Sprengstoffanschläge	Morde	sonstige Straftaten	insgesamt
"Rote Armee Fraktion":	0 (0)	0 (0)	0 (3)	0 (0)	0 (3)
Militante RAF-Anhänger:	0 (5)	0 (12)	0 (0)	0 (0)	0 (17)
"Revolutionäre Zellen"/ "Rote Zora":	17 (6)	5 (10)	0 (0)	1* (1)	23 (17)
sonstige Gruppen/Einzeltäter:	132 (244**)	23 (38**)	2 (0)	149** (0)	306** (282)
Summe:	149 (255**)	28 (60**)	2 (3)	150** (1)	329** (319)

* Schußwaffenanschlag in Berlin

** Abweichungen in der Zählweise zum Vorjahr bedingt durch Gesetzesänderung § 129a StGB
- 60 Eingriffe in den Bahnverkehr
- 89 Anschläge auf Einrichtungen der Energiewirtschaft sowie Störungen öffentlicher Betriebe



* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

** Terrorakte sind Anschläge, d.h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten gezielt im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenen Demonstrationsveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.

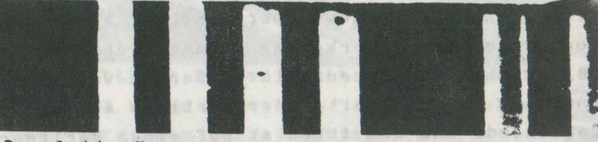
humanitäre Tätigkeit; sie soll vorwiegend die Inhaftierten in ihrer politischen Haltung bestärken und sie ermutigen, den "Kampf" auch aus den Haftanstalten heraus fortzusetzen. Außerdem dient sie auch der Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen der RAF; teilweise werden so Nachrichten konspirativ übermittelt. Die inhaftierten RAF-Terroristen ihrerseits benutzen Besuche und Korrespondenzen, um Kontaktpersonen in ihrem Sinne zu indoktrinieren.

Insbesondere in Hamburg versuchten sie, Bewohner der Hafenstraße aus dem autonomen Spektrum für ihre Vorstellung von einer "antiimperialistischen Front" zu gewinnen. Hierunter verstehen sie ein von der RAF dominiertes Bündnis aller "revolutionären Kräfte". Als Partner für ein solches Bündnis kommen nach diesen Vorstellungen im Inland vor allem Personen aus gewaltbereiten anarchistischen und autonomen Kreisen, aber auch hier lebende gewaltorientierte ausländische Linksextremisten in Frage. So beteiligten sich RAF-Anhänger auffallend häufig an Veranstaltungen, die von extremistischen Ausländergruppen initiiert wurden oder sich mit Problemen in ausländischen Staaten beschäftigten.

In der Öffentlichkeitsarbeit des RAF-Umfeldes nahm die sog. Zusammenlegungs-Kampagne einen breiten Raum ein. Die Zusammenlegung der Häftlinge in "interaktionsfähigen Gruppen", die Anerkennung eines Kriegsgefangenenstatus und die Anwendung der "Mindestgarantien der Genfer Konvention" sind wie die Aufhebung einer angeblichen Kommunikationssperre seit jeher vorrangige "Kampfziele" der inhaftierten RAF-Terroristen. Diese Forderungen erscheinen auch häufig als Schlußparolen von Anschlagserklärungen. Das RAF-Umfeld unterstützte diese Forderungen u.a. durch Flugschriften sowie Propaganda- und Werbeveranstaltungen. Die Bemühungen des RAF-Umfeldes, die übrige extremistische Linke in ihre Ziele einzubinden, sind auch 1987 weitgehend erfolglos geblieben. Dies hat nach der Anschlagsserie des Jahres 1986 zu einer umfassenden "Strukturdiskussion" im Unterstützerbereich der RAF geführt, die noch nicht abgeschlossen ist.
Für den 10. Jahrestag der Selbsttötung der RAF-Mitglieder BAADER, ENSSLIN und RASPE (18. Oktober 1977) versuchte das RAF-Umfeld gemeinsam mit autonomen und anderen sozialrevolutionären Gruppierungen eine Großdemonstration in Stuttgart vorzubereiten. Es gelang den beteiligten Gruppen jedoch nicht, sich auf einheitliche Ziele und einen gemeinsamen Aufruf zu einigen. Zur Demonstration am 17. Oktober kamen schließlich nur zwischen 500 und 1000 Personen. Bei Kontrollen konnte die Polizei zahlreiche gefährliche Gegenstände wie Beile und Schlagstöcke beschlagnahmen. Weil die Teilnehmer sich mehrheitlich weigerten, ihre Vermummung abzulegen, löste die Polizei den Aufzug auf.

Personen aus dem RAF-Umfeld beteiligten sich u.a. gemeinsam mit militanten Autonomen an gewalttätigen Ausschreitungen am 1. Mai in Berlin (West), den Protestaktionen gegen die 750-Jahr-Feier Berlins und gegen den Besuch des US-Präsidenten im Juni (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.3) sowie den Auseinandersetzungen um besetzte Häuser (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.6).

Deutlich gewachsen ist das Interesse der RAF-Anhänger an der Situation der Palästinenser im Nahen Osten. Viele ihrer Veranstaltungen galten diesem Thema. Sie wollen dadurch nicht nur die Solidarität mit dem "palästinensischen Befreiungskampf" fördern, sondern durch die Beschäftigung mit dieser Kampfführung auch den eigenen "Widerstand" stärken. Als verbindendes Element sehen sie dabei den gemeinsamen Feind (USA und Westeuropa)[114]. Die durch Flugblätter und Broschüren hierfür angestrebte Publizität wurde bislang jedoch nur in Einzelbereichen erreicht.
Bereits seit dem Sommer befaßt sich das RAF-Umfeld - wie auch andere linksextremistische Gruppen - eingehend mit dem für September 1988 in Berlin (West) geplanten Kongreß des IWF und der Weltbank, den sie verhindern oder zumindest stören wollen. Die vielfältigen Diskussionen und Initiativen dazu lassen erwarten, daß der Kongreß auch im RAF-Umfeld zu einem Schwerpunktthema für 1988 wird.



"Revolutionäre Zellen" (RZ) und "Rote Zora"

Die RZ, ihre autonome Frauengruppe "Rote Zora" und RZ-Nachahmergruppen haben 1987 mit 5 Sprengstoff- und 17 Brandanschlägen sowie einer schweren Körperverletzung (Schüsse in die Beine) ihre terroristischen Aktivitäten im Vergleich zum Vorjahr (insgesamt 17 Anschläge) verstärkt. Zehn Anschläge wurden allein von der "Roten Zora" verübt (1986: 3).

Die RZ setzten 1987 vorrangig ihre mit der Flüchtlings- und Asylantenproblematik verknüpfte Anschlagsserie fort:

- Am 6. Februar verübten sie einen Sprengstoffanschlag auf die "Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber" (ZSA) in Berlin (West);

- am 1. September schossen Mitglieder einer RZ in Berlin (West) dem Vorsitzenden Richter des für Asylangelegenheiten zuständigen Senats am Bundesverwaltungsgericht in die Beine;

- am 5. September setzte eine RZ eine Außenstelle des "Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" in Dortmund in Brand; der Aktenbestand wurde fast völlig vernichtet.

Damit ist die Gesamtzahl der zu diesem Thema verübten Terrorakte auf 13 angestiegen.

Die Taten fügen sich in die von den RZ seit 1973 verfolgte Strategie ein. Durch das Aufgreifen aktueller, in der Öffentlichkeit diskutierter Themen wollen sie Anhänger gewinnen für ihr Ziel: eine von einer "sozialen Bewegung" getragene Revolution. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland glauben sie Ansatzpunkte für die Aktivierung eines vermeintlichen revolutionären Potentials zu sehen. Ein Brandanschlag auf die "Zentralstelle für Asylbewerber" in Berlin (West) am 7. Juli, zu dem sich "Revolutionäre Viren - Jugendorganisation der RZ" bekannten, und die Anschläge sogenannter Resonanz-RZ (vgl. Ziff. 3.2) belegen, daß militante Täter aus den örtlichen autonomen und anderen Gruppierungen der "Neuen Linken" diese Vorstellung übernehmen und umsetzen. Hierin liegt eine von den "Revolutionären Zellen" ausgehende weitere Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

Sogenannte Nachahmer- oder Resonanz-RZ sind Gruppen aus autonomen Kreisen, die das militante Konzept der RZ bejahen und sich in ihren Taterklärungen an die Argumentation der RZ anlehnen. Sie verübten 1987 u.a. im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den Bau der WAA in Wackersdorf (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.4) mehrere Brandanschläge auf eine Baufirma in Berlin (7. März), Einrichtungen der Energieversorgung (Umspannwerke) bei Kelsterbach in Hessen (17. Juni), bei Wackersdorf (18. September) und in Rüsselsheim in Hessen (10. Oktober) sowie einen Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der Firma BOSCH-SIEMENS in München (28. Juli). Die Täter bezeichneten ihre Aktionen als Sabotage am deutschen Kerntechnologieprogramm, für das neben den Energiekonzernen auch der Bau der WAA von zentraler Bedeutung sei.

Die erneute "Knieschußaktion" in Berlin läßt eine noch größere Gewaltbereitschaft zumindest von Teilen der RZ erkennen. Sie gleicht dem am 28. Oktober 1986 ebenfalls in Berlin verübten Anschlag auf den Leiter der dortigen Ausländerbehörde und dem Attentat auf einen Berliner Rechtsanwalt am 31. Mai 1978. Diese Anschläge gehen über die sonstige Praxis der RZ hinaus. Die umfangreiche Begründung zum Anschlag auf den Bundesverwaltungsrichter zeigt, daß die Täter deshalb in besonderem Maße um "Vermittelbarkeit" der Tat bemüht sind. Sie erklärten, sie hätten den Richter lediglich verletzen und politisch brandmarken wollen. Mordanschläge dagegen, zumal an bloßen "Funktionsträgern" wie etwa an dem Bonner Diplomaten von BRAUNMÜHL im Oktober 1986 durch Angehörige der RAF seien nicht vermittelbar und somit kontraproduktiv. Für die RZ kämen Mordanschläge zum gegenwärtigen Zeitpunkt ("vorrevolutionäre Phase") nicht in Frage [113].

Die eigenständige Frauengruppe der RZ "Rote Zora" trat 1987 mit einem versuchten Sprengstoffanschlag auf das Bekleidungsunternehmen ADLER am 20./21. Juni in Haibach und am 15. August mit in neun Städten des Bundesgebietes fast zeitgleich durchgeführten oder versuchten Brandanschlägen auf Filialen dieses Unternehmens besonders hervor. Einen weiteren Brandanschlag auf einen Bekleidungsmarkt von ADLER verübte am 11. September in Berlin eine zuvor unbekannte Gruppe "die Amazonen", die sich als Schwestern der "Roten Zora" bezeichnete.
Als Anlaß für diese Anschläge wurde der Arbeitskampf von Frauen in verschiedenen Produktionsstätten des Unternehmens in Südkorea und Sri Lanka angegeben. [114].



Eine weitere Anknüpfung an diese Thematik findet sich in der Erklärung der "Revolutionären Zellen" zu einem Brandanschlag auf ein Auslieferungslager der REWE-Handelskette in Wesel am 1. November, bei dem 29 schwere Lkw - viele davon total - zerstört und Schäden in Höhe von rund 4 Millionen DM verursacht wurden. Die Täter versuchten dabei, eine Verknüpfung zwischen dem Vertrieb von angeblich aus Südafrika stammenden Lebensmitteln und der Ausbeutung von Frauen auf südafrikanischen Plantagen herzustellen [17].

Die Täter der Anschläge und Morde sehen hierin Akte "revolutionärer Gegengewalt", die sie ihrem Ziel einer "herrschaftsfreien" Gesellschaft näherbringen sollen. Häufig werden die Täter auch von Haß- und Rachegefühlen gegenüber dem "System" angetrieben. Wieder war die Kernenergie, wenn auch geringer als im Vorjahr (1986 gab es mehr als 150 Anschläge auf Strommasten), das besondere Reizthema. Weitere Anlässe für eine Vielzahl von terroristischen Gewalttaten waren der Besuch des US-Präsidenten REAGAN, die Volkszählung und die Auseinandersetzung um die Hamburger Hafenstraße (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.1, 3.3, 3.4, 3.6).

Bei der Ausführung und Begründung ihrer Brand- und Sprengstoffanschläge orientieren sich die militanten "Autonomen" weitgehend am Vorbild der "Revolutionären Zellen". Zum Teil erreichen sie auch deren Gefährlichkeit, wie die beiden Sprengstoffanschläge auf Gebäude der Stadtverwaltungen in Leverkusen und Oberhausen im Zusammenhang mit der Volkszählung im März zeigen.

Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen

Sonstige Gruppen und Einzeltäter aus dem militanten autonomen und anarchistischen Spektrum verübten 1987 fast 90 % der linksextremistisch motivierten Terroranschläge (23 Sprengstoff- und 132 Brandanschläge); hinzu kommen 60 Eingriffe in den Bahnverkehr und 89 Anschläge auf Einrichtungen der Energiewirtschaft (z.B. Anschläge auf Strommasten) sowie Störungen sonstiger öffentlicher Betriebe. An der Frankfurter Startbahn West wurde erstmals aus einer Demonstration heraus auf Polizeibeamte geschossen - zwei Polizeibeamte wurden getötet, vier weitere schwer verletzt (davon zwei durch Schüsse).

Diese Gewalttäter treten in ihren Selbstbezichtigungen unter Namen wie "Autonome Zellen" auf oder verwenden teils martialisch klingende, teils vermeintlich witzige Phantasiebezeichnungen wie z.B. "Autonome Feuerwerker", "Autonome Abrißgemeinschaft für Potemkinsche Dörfer" oder "Lowtechniker im Widerstand". Offensichtlich wollen sie hiermit in der "Szene" Neugierde erwecken, um auf die Beweggründe ihrer kriminellen Handlungen aufmerksam zu machen.

So nannten sich die Täter eines Brandanschlages auf die Lagerhalle einer Baufirma in Mörfelden-Waldorf am 11. April "Revolutionäre Osterhasen". Die Firma sei als führendes Mitglied der "Baumafia" am Bau der Startbahn West in Frankfurt, der WAA in Wackersdorf und von Kerkraftwerken beteiligt.

STELLUNGNAHME EINIGER GRUPPEN AUS DEM LAZ
zur Diskussion am das Aktionsbüro

Das Anti-IWF-Aktionstagebüro der AG Aktionstage wird nicht im LAZ sein.

Zur Entwicklung der Diskussion im LAZ wollen wir folgendes sagen:

Seit einigen Monaten findet die AG Aktionstage mit der Beteiligung einiger Leute aus dem LAZ statt. Ziel war dabei den Diskussionsprozeß der AG mit den Inhalten der Verhindern wir den IWF-Kampagne zu füllen.
Dazu wurde ein Büro gesucht, das die Aktionstage des gesamten Spektrums koordinieren sollte. Dieses Büro sollte ausdrücklich nur für die Aktionstage und in keiner Weise für die Koordinierung des Gegenkongresses oder der Gegendemo am Sonntag funktionieren. Das wurde so von der beteiligten Gruppe aus dem LAZ durchgesetzt.

Die Teilnahme des LAZ an diesem Büro sollte unter der Voraussetzung geschehen, daß die Gruppen im LAZ konkrete Positionen und Verhalten in der aktiven Vorbereitung von Aktionen und Widerstand entwickeln.
Dabei wurde davon ausgegangen, daß ein Gutteil der Autonomen Mobilisierung hinter dem Konzept einer möglichst breiten Mobilisierung steht und dafür ein solches Büro als sinnvoll ansieht.
Unter diesen Voraussetzungen fand im Mai eine LAZ-VV statt, auf der beschlossen wurde, daß dieses Büro im LAZ sein sollte (andere Räume konnten nicht gefunden werden), wobei davon ausgegangen wurde, daß die oben genannten Bedingungen erfüllt seien.

Um dem Gerücht vorzubeugen, daß diese Entscheidung "undemokratisch" getroffen worden sei, bzw von einigen Leuten durchgepowert, wollen wir zu den Strukturen des LAZ und folgenden Fehlern von uns Stellung nehmen:
- das LAZ setzt sich aus sehr unterschiedlichen Gruppen zusammen
- die Diskussion innerhlab und zwischen den einzelnen Gruppen zur IWF-Kampagne ist sehr unzureichend geführt worden. Konkret heißt das, daß weder über konkrete Aktionen, noch über die "Bündnisfrage" ausreichend diskutiert wurde.

Wir wollen unser Befremden darüber ausdrücken, daß von autonomen BeobachterInnen auf der AG Aktionstage der Eindruck vermittelt wurde, daß die Autonome Mobilisierung hinter dem Konzept eines solchen Büros im LAZ steht und dies sogar bis zur finanziellen Beteiligung reicht.
Dabei müssen wir uns der Kritik stellen, daß diese Einschätzung von uns einfach übernommen und nicht nachgefrat würde.

Nachdem einigen Leuten klar gworden war, daß die Diskussion um dieses Büro in der Autonomen Mobilisierung nicht bekannt war, kam es zu einer zweiten LAZ-VV. Dabei wurde klar, daß es unterschiedliche Einschätzungen darüber gab, ob es gelingen würde die AG Aktionstage langfristig mit unseren Inhalten . füllen zu können. Zu diesem Zeitpunkt lag kein ausgearbeitetes Konzept, weder für die Vorgehensweise noch für die politische Bestimmung, vor, das diese Umsetzung hätte gewährleisten können. Darüberhinaus bestand keine einheitliche Position in der "Bündnisfrage".

Wir möchten feststellen, daß wir mit der Notwendigkeit der Klärung der "Bündnisfrage" nicht alleine dastehen. Auch innerhalb der Autonomen Mobilisierung müssen wir uns darüber klar werden, wie wir andere Gruppen des breiten Spektrums der IWF-Kampagne für die Aktionstage als unserem inhaltlichen Schwerpunkt miteinbeziehen können und wollen.

Es gelang uns nicht eine Klärung dieser unterschiedlichen Einschätzungen zu erreichen.
Um die Unklarheiten der Rolle des LAZ innerhalb der Mobilisierung zu thematisieren, wurde beschlossen diese Diskussion auf das autonome Plenum zu tragen.
Aufgrund der Art und Weise wie diese Diskussion auf das autonome Plenum getragen wurde, gab es massive Kritik im LAZ, da der Eindruck vermittelt wurde, daß einige Leute im LAZ gründsätzlich reformistische Positionen vertreten würden.
Dem ist nicht so und wird der Diskussion im LAZ auch nicht gerecht.

Einerseits wurde dabei deutlich, daß es keine ausreichende Rückkopplung mit der autonomen Mobilisierung gab und andererseits, daß der Diskussionsprozeß um die "Bündnisfrage" insgesamt unterentwickelt ist. Eine Klärung darüber steht unabdingbar an!!!

Danach gab es eine dritte VV im LAZ auf der entschieden wurde, das Büro endgültig nicht im LAZ zu machen. Das geschah auf dem Hintergrund, daß die Gruppen im LAZ sich als Teil der autonomen Mobilisierung begreifen. Die Kontroverse konnte so aufgelöst werden, daß die Gruppen im LAZ beschlossen haben, sich aktiv an der Mobilisierung zu den Aktionstagen zu beteiligen. Dabei gehen wir von folgenden Grundlagen aus:

- IWF und WB sind Teil der inernationalen Vernichtungsstrategie und nicht reformierbar.
- Der Schwerpunkt der Mobilisierung liegt auf den Aktionstagen. Weder bei Gegenkongreß noch bei der Gegendemo wird das LAZ eine aktive Rolle spielen,

Darüberhinaus hat das LAZ als Ansprechpartner für das breite Spektrum d r Mittelamerikagruppen das deutliche Interesse als Informations- und Mobilisierungsbüro für die Gruppen, die sich aktiv zu den Aktionstagen verhalten wollen, zu mobilisieren.

Folgenden Beschluß haben wir auf dem Bundestreffen der Mittelamerikagruppen in Berlin getroffen:

5. Das Lateinamerikazentrum Berlin ist während der Aktionstage Anlaufstelle für Westdeutsche und berliner Gruppen aus dem Solispektrum. Zur Vorbereitung hierfür übernimmt es die Aufgabe der Sammlung un Übermittlung von Informations- und Hintergrundmaterial, um im Vorfeld des Kongresses die Diskussion über konkrte Aktionen voranzutreiben. Das Lateinamerikazentrum will damit seiner politischen Entscheidung Rechnung tragen, daß konkrete Aktionen (in Westberlin wie der BRD), die während der IWF/WB-Tagung durchgeführt werden, am ehesten dazu geeignet sind, IWF und WB anzugreifen, als Instrumente der Unterdrückung nicht nur der Völker, mit deren Kampf wir uns solidarisch erklären.

SELBSTDARSTELLUNG DES AKTIONSTAGEBÜROS IM LAZ

SCHWERPUNKT MITTELAMERIKA

Auf dem Bundestreffen der Mittelamerikagruppen in Freiburg im Oktober 1987 wurde eine aktive Beteiligung an der ANTI-IWF-Kampagne beschlossen. Passiert ist seitdem leider nicht viel. Deshalb wurde auf dem Bundestreffen im Juni 1988 in Berlin folgendes beschlossen:
Das Lateinamerikazentrum Berlin ist während der Aktionstage Anlaufstelle für westdeutsche und berliner Gruppen aus dem Solispektrum. Zur Vorbereitung hierfür übernimmt es die Aufgabe der Sammlung und Übermittlung von Informations- und Hintergrundmaterial, um im Vorfeld des Kongresses die Diskussion über konkrete Aktionen voranzutreiben. Das Lateinamerikazentrum will damit seiner politischen Entscheidung Rechnung tragen, daß konkrete Aktionen (in Westberlin wie der BRD), die während der IWF-WB-Tagung durchgeführt werden, am ehesten dazu geeignet sind, IWF und Weltbank anzugreifen, als Instrumente der Unterdrückung nicht nur der Völker, mit deren Kampf wir uns solidarisch erklären.

Für uns besteht die dringende Notwendigkeit sich zur IWF-WB-Kampagne zu verhalten. Zum einen von unserem Selbstverständnis als unabhängige Solibewegung und Teil des Widerstandes hier in der Metropole und zum anderen weil sich bei den Völkern der drei Kontinente und speziell in Lateinamerika massiver Widerstand gegenüber der Vernichtungspolitik des IWF und der Weltbank regt. So werden bolivianische und kolumbianische Gewerkschaften ebenfalls in den Aktionstagen während der IWF-Tagung ihren Widerstand auf die Straße tragen. Wir finden es wichtig, daß sich Widerstand auch hier in der Metropole zeigt, wo Ausbeutung, Vertreibung und Vernichtung der Völker des Trikonts ausgedacht und geplant werden.

Warum Aktionstage ?

Wir finden es wichtig unseren Widerstand gerade dann auf die Straße zu tragen, wenn die Banker hier in Berlin tagen. Gerade in Berlin sitzen die Akteure, Organisationen, Einrichtungen etc, die versuchen in Zentralamerika Einfluß im Sinne ihrer Politik zu nehmen, so daß dem gesamten Spektrum der Solibewegung die Möglichkeit geboten wird, Aktionen jedwelcher praktischen Umsetzung durchzuführen. Wenn IWF und Weltbank hier tagen, dürfen wir einfach nicht bei der Teilnahme an einer Demonstration stehenbleiben. Es gilt, und dazu sind die Aktionstage am besten geeignet, die Tagung zu stören,

zu behindern, zu verhindern.

Konkret wird das Aktionstagebüro im LAZ folgende Funktionen haben:

- Infomaterial zu IWF, Weltbank, Verschuldung ... in Mittelamerika sammeln und verbreiten
- Sammeln aller Infos zum Stand der Kampagne, Diskussionsbeiträge etc in Zusammenarbeit mit anderen Initiativen
- Organisierung eines Stadtspieles für Gruppen und Einzelpersonen aus der Solibewegung während der Aktionstage
- Sammlung von Informationen zu Organisationen, Instituten, Firmen und Einrichtungen, die in Berlin arbeiten
- Weiterleitung all dieser Sachen über die diversen Verteiler und Rundbriefe
- Erstellung der einen oder anderen Broschüre zu obigen Themen
- Das LAZ wird in vierzehntäglichem Abstand, beginnend ab dem 10.7.88 eine Veranstaltungsreihe durchführen, um gegen die IWF-WB-Tagung zu mobilisieren
- Rückkopplung mit anderen IWF-Gruppen, -koordinationen und Büros

Keineswegs ist dieses Büro gedacht als Anlaufstelle für die Presse.

Arbeitsweise:

Ort.: Lateinamerikazentrum, Crellestr. 22, 1 Berlin 62,
Tel.: 030 / 781 40 18

Zeit : ab 27.6. - 29.9. 88, Mo - Fr 12-18.00 Uhr

Wir finden es gut, wenn sich alle Gruppen, die hieran interessiert sind, sich bei uns melden.
Wir fordern außerdem alle Gruppen auf, wenn sie Aktionen im Vorfeld machen, uns diese mitzuteilen, damit wir sie verbreiten können.

KOMMT MASSENHAFT ZU DEN AKTIONSTAGEN NACH BERLIN !!!!!!

NO PASARAN - PASAREMOS

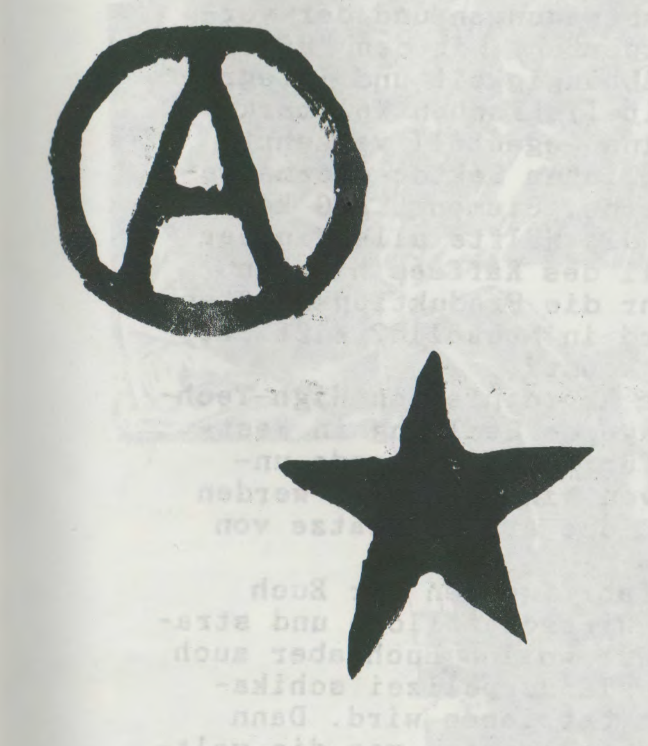
"DIE REVOLUTION IST ANTIPATRIARCHALISCH ODER GAR NICHT !!"

das steht am antifaschistischen schutzwall zu lesen, und zwar nicht irgendwo, sondern an dem stück mauer, welches den ost-bullen als aussichtsplattform aufs kubath-Δ dient.
das würde bedeuten, am Δ findet weder etwas revolutionäres statt, noch befinden sich revolutionäre kräfte dort, jedenfalls kaum männliche.
frauen werden am Δ oft genug als "votze" oder "alte" angeredet, anscheinend vollkommen durchgeknallte macho-wichser sehen ihre selbstbestätigung darin, sich mit bw-tarnklamotten auf,-auszurüsten, bzw. rennen mit holz,-stahlknüppeln durch die gegend, die, wie sich letzte woche herausgestellt hat, im besten fall dazu dienen, bei einem gaseinsatz und dem daraus entstehenden chaos, anderen leuten in den bauch gerammt zu werden.
frauen dienen auf'm platz bestenfalls zum angrapschen hier und da, quasi für die reproduktionsarbeit für die helden nach der schlacht (seit 68 nix dazugelernt!!!!).
mal abgesehen davon, daß diese darstellung grob verallgemeinert ist, es gibt ein paar typen auf'm Δ die schon was kapiert haben, genauso wie es hier frauen gibt, die mit dem kampf gegen's patriarchat nicht viel am hut haben, also mal abgesehen davon, stellt sich dennoch eine berechtigte frage: warum sind wir frauen noch immer hier, warum sind wir nicht schon lange vom platz verschwunden, zurück in unsere frauenzusammenhänge oder zurück zu der ach so anti-patriarchalen szene draussen in west-berlin?
die frage kann ich nur subjektiv beantworten, andere frauen mögen sie ergänzen oder/und mir widersprechen.
zunächst ist es mal so, daß ich persönlich denke, daß ich hier auf dem platz vieles nur direkter mitkriege, was draussen in der szene etwas unauffälliger und subtiler abläuft. die macker in der sogenannten anti-patriarchalischen szene zeigen sich halt erst dann, wenn es um solche themen, wie z.b. vergewaltigung in der szene geht.
fakt ist außerdem,daß seit einiger zeit dieses thema immer offensiver angegangen wird, die frauen organisieren sich , die mauer sowie flugis wurden dazu benutzt, dieses problem öffentlich zu machen. es finden auseinandersetzungen statt, die über die platitüde des anti- pat., kap. imp.-kampfes hinausgehen.
grundsätzlich sehe ich das hüttendorf in dieser form als einen echten versuch, ein leben mit 15o bis 2oo menschen zu organisieren, und das möglichst gleichberechtigt und HERRschaftsfrei.

dabei müssen wir uns mit menschen auseinandersetzen, die von dieser gesellschaft schon kaputtgemacht worden sind(es gibt einige alkis sowie schnüffler auf dem platz), diese auseinandersetzung ist verdammt hart und stressig.

dabei müssen wir eben auch macho- verhalten bekämpfem, weil diese machtstrukturen immer noch verhaltensnormen dieser gesellschaft sind. genau diese versuche, diese kämpfe gegen die uns aufgedrückten strukturen empfinde ich jedoch als revolutinär.

darum bleibe ich als frau auf dem kubath-△, weil ich davon überzeugt bin, daß sich unsere strukturen nur in der tagtäglichen auseinandersetzung innerhalb einer großen gruppe bekämpfen lassen, nicht durch theoretisches feststellen eines ist-zustandes.





IWF-Kampagne
Antiimperialistische Stadtrundfahrt

In den letzten Monaten haben wir viel von der Vernichtungspolitik von IWF und Weltbank, von den verheerenden Folgen der Schuldenkrise in der "3. Welt" gehört. Je näher die IWF-Tagung im ICC rückt, desto mehr wird von der Gegenseite die segensreiche Bedeutung des Kongresses im September für die Zukunft West-Berlins hervorgehoben.
Wir wissen, zu diesem Kongress kommen mehrere tausend Banker, die hier die Weichen für die weitere weltweite Ausbeutung der Völker stellen. West-Berlin als Frontstadt des Imperialismus ist nicht zufällig als Tagungsort auserkoren worden. Die ökonomische Einbindung der realsozialistischen Staaten in den kapitalistischen Weltmarkt schreitet unaufhaltsam voran. Polen, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien hängen heute schon am Gängelband des IWF und der westdeutschen Großbanken. Mit der UdSSR versprechen sich die Kapitalisten, insbesondere die bundesdeutschen, neue lukrative Geschäfte. In dem zukunftsträchtigen Ost-West·Handel könnte West-Berlin zur Drehscheibe des Geld- und know-how-Verkehrs werden. Davon träumt Senator Rexroth, wenn er vom "Finanzplatz im Herzen Europas" spricht.
West-Berlin hat aber darüber hinaus für die ideologische und praktische Ausgestaltung der Entwicklungspolitik der BRD ungeheuere Bedeutung. Zahlreiche Institutionen, wie die Konrad Adenauer Stiftung, der Deutsche Entwicklungsdienst (ded), oder die Deutsche Gesellschaft für internationale Entwicklung sind hier angesiedelt. Es werden hier Entwicklungshelfer ausgebildet, neue Strategien der Bekämpfung von Befreiungsbewegungen und der verschärften Ausbeutung ganzer Erdteile entworfen. Mit den "Hilfsprogrammen" zur "Entwicklung" wird die Abhängigkeit und Integration der Länder des Trikonts in den kapitalistischen Weltmarkt gesteigert. Entwicklungshilfe hat sich ins Gegenteil verkehrt.
Aber West-Berlin hat auch auf wirtschaftlichem Sektor enorme Bedeutung für einige multinationalen Konzerne. Siemens, AEG kennen alle. Wer aber weiß davon, daß mehr als die Hälfte aller in der BRD produzierten Zigaretten, ein Großteil des Kaffees hier in West-Berlin hergestellt werden? Kennt Ihr die Produktionsstätten von Philip Morris oder von Jacobs Suchard in Neukölln? Wißt Ihr woher genau der Tabak und der Rohkaffee kommt?
Auf dem Sektor der von der Großindustrie koordinierten High-Tech-Forschung strebt die Stadt eine herausragende Stellung in West-Europa an.Was verbirgt sich hinter den für Aussenstehende undurchsichtigen Glasbauten des BIG oder von Nixdorf? Dort werden neue Roboter und Computer entworfen, die die Arbeitsplätze von morgen wegrationalisieren werden.
Mit der antiimperialistischen Stadtrundfahrt wollen wir Euch einen kleinen, kurzen Einblick in diese wirtschaftliche und strategische Bedeutung West-Berlins geben. Wir wollen Euch aber auch aufzeigen, wo die Flüchtlinge von der Ausländerpolizei schikaniert werden und wo Frauenhandel konkret betrieben wird. Dann wird (hoffentlich) es für Euch etwas vorstellbarer, was die welt-



weite Umstrukturrierungspolitik bedeutet. Dann wird konkreter wofür IWF und Weltbank stehen, weshalb der Kongress im September für die Herschenden in den Konzernzentralen und in dieser Stadt mehr als eine symbolische Bedeutung hat.
Das international organisierte Kapital hat auch in dieser Stadt Namen und Adressen. Wir wollen sie Euch bekannt machen.
Auf der Stadtrundfahrt, die ca. 4 Stunden dauert, wollen wir Euch darüber informieren, Euch mit einer Broschüre Anschauungsmaterial geben und zur Weiterarbeit anregen. Wir haben die Rundfahrt vorbereitet, um einen konkreten Beitrag für die Kampagne, für die Organisierung des Widerstandes gegen das Treffen der Mörder in weißen Kragen zu leisten.

Kartenverkauf: Buchladen "Schwarze Risse" im Mehringhof
Abfahrt : Jeweils am Mehringhof.
Termine : Jeweils in der taz-Lokalprärie



VORWORT

Zu den Entstehungsbedingungen dieser Broschüre

Ob Autonomie-Reprints, Broschüren zu anschlagsrelevanten Themen oder Materialien zur Neubestimmung unseres Internationalismusverständnisses, im unabhängigen, linksradikalen Spektrum ist die Papierflut zur Theorie und zur Reflektion über Aktionen unübersehbar - und im Prinzip ein nötiger Schritt auf dem Weg zur Organisierung unseres Widerstands. So verstehen wir die hier vorgelegte "Wiederaufarbeitung" unserer Beteiligung am Kampf gegen die WAA und gegen die atomaren Verhältnisse (Politik, Wirtschaft, Militär, Wissenschaft) ausdrücklich als Beitrag, der sich in diesen umfassenden Diskussions- und Reflektionsprozeß um revolutionäre Perspektiven einreihen will, der sich teilweise direkt darauf bezieht und der daraus hervorgegangen ist.

Im Verlauf des Frühjahrs und Sommers 87 verbanden sich die Pläne von Leuten, die stark im autonomen Anti-WAA-Kampf engagiert waren, ihre Erfahrungen zusammenzutragen und auszuwerten. Das war zu einer Zeit, als sich linksradikaler Widerstand gegen die WAA in Konferenzen um die Aktionstage Herbst 87 aufrieb. Bei den Gesprächen am Rande dieser Treffen stellte sich heraus, daß in verschiedenen Städten und Orten ähnliche Auswertungspläne bestanden. So kamen wir ab Herbst 87 aus Westberlin, der Oberpfalz, aus Erlangen und München zusammen, bildeten eine Art überregionale Redaktion zur Erstellung und Produktion des Materials. Was ihr jetzt an doch ziemlich umfangreich gewordenen Texten in der Hand habt, ist unser Ergebnis. Es bedarf vorab aber noch einiger kritischer Bemerkungen:

1. Diese Broschüre ist von Anfang an nur von Männern erarbeitet worden. Unsere Gruppenstrukturen haben sich - wie viele andere auch - seit 86/87 "entmischt" (politisch formuliert von getrennten Gruppen auf den Libertären Tagen 87). Das machte die Arbeit einfach und schwierig zugleich. Einfach, weil das Geschlechterverhältnis in den Gruppen sozusagen befristet aufgehoben war, Klärungsprozesse unkomplizierter waren. Zu den Schwierigkeiten gehörte es, daß "mann" den Widerstand nicht allein getragen hatte, im Gegenteil viele Frauen aus den Städten und der Region großen Anteil an der Entfaltung hatten, nun aber den gelaufenen Widerstand allein bzw. eindimensional zu kommentieren hatte. Diese Ausgangssituation sollte also bei allen Texten immer mitgedacht werden. Was darüber hinaus an theoretischen Positionen zum Machtfaktor Patriarchat und zu unserer eigenen Verstricktheit darin, aber auch zu üblen Erfahrungen mit Sexismus und Gewalt gelaufen ist, findet sich dann noch gesondert in zwei Texten zum Thema: **Vergewaltigung und zum Thema: Patriarchat, der blinde Fleck der Anti-WAA-Bewegung.**

2. In unserer Arbeit traten politische Kontroversen zwischen uns zu Tage, die mit grundsätzlichem Politikverständnis zu tun haben. Wir trafen uns mit teilweise unterschiedlichen theoretischen Ansätzen, agieren mittlerweile auch an verschiedenen politischen "Fronten" in Arbeit und Alltag. Das werdet ihr immer da in den Texten erkennen können, wo es konkret um Einschätzungen der aktuellen Klassenlage, wo es um die Bestimmung der handelnden Subjekte in revolutionären Prozessen oder um die Bedeutung von sozialen Bewegungen für autonome Politik geht. Das Spektrum reicht dabei von stärker aufklärerisch-avantgardistischen Konzepten bis zu selbstbestimmt-aktionsorientierten Positionen. Krass standen sich antikapitalistische Schulungen "fürs Proletariat" und das Agieren "in der ersten Person" als Widerstandsperspektiven gegenüber. Kontroversen um objektive "Realitäten" und subjektive "Lernprozesse" begleiteten die gesamte Redaktionsarbeit. Daß sie uns bis zum Schluß dennoch nicht auseinandersprengten, wird manche, die ähnliche Erfahrungen auf Tasche haben, vielleicht wundern. Wir sehen aber darin auch den - keineswegs billig harmonisierenden - Impuls, an einer streitbaren linksradikalen Kultur kritisch zu arbeiten. Die finden wir gut! Und die wäre schlecht für den Feind!

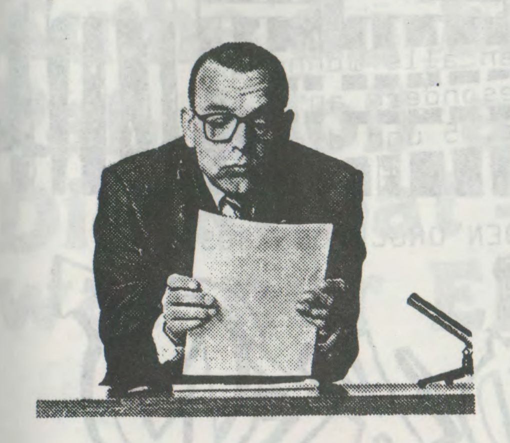
3. Bei dem teilweise detaillierten Material auch aus unseren Zusammenhängen, das wir hier vorlegen, stellte sich die Frage, wie gehen wir damit um, daß sich der Gegner diese Informationen ja auch beschaffen kann? Diese Frage stellte sich verschärft nach den Frankfurter Schüssen und der Erkenntnis, daß die Herr-

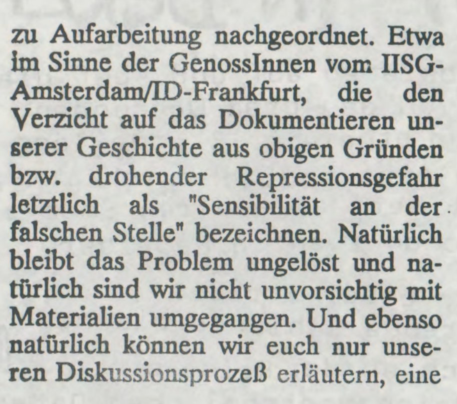


schenden (fast) jederzeit in der Lage sind, die Repressionsschraube eine nächste Windung fester anzudrehen bzw. lockere Teile unserer Zusammenhänge aufzurollen. Wir haben sie dadurch beantwortet, daß wir eine Materialsammlung vorlegen, weil wir uns nicht mundtot machen lassen. Sie ist für andere kämpfende Menschen gemacht und will dort eine Hilfe sein, ein Schritt auf dem Weg unseres kollektiven Lernprozesses. Wir reagieren damit auch auf das Problem unter



uns, einer Bewegung anzugehören, die nie altert, die alle Erfahrungen selber machen will. Daher haben wir uns für umfangreiche Informationen entschieden. Es mag sein, daß Polizeipsychologen und andere erklärte Strategen der anderen Seite Anhaltspunkte für ihre Taktiken finden; vielleicht benutzen sie auch Zeugs, um für "weiche" und präventive Aufstandsbekämpfung Erkenntnisse zu holen. Aber diese Aspekte haben wir in der Diskussion deutlich unserem Interesse





zu Aufarbeitung nachgeordnet. Etwa im Sinne der GenossInnen vom IISG-Amsterdam/ID-Frankfurt, die den Verzicht auf das Dokumentieren unserer Geschichte aus obigen Gründen bzw. drohender Repressionsgefahr letztlich als "Sensibilität an der falschen Stelle" bezeichnen. Natürlich bleibt das Problem ungelöst und natürlich sind wir nicht unvorsichtig mit Materialien umgegangen. Und ebenso natürlich können wir euch nur unseren Diskussionsprozeß erläutern, eine



abschließende Meinung - wie auch immer - werdet ihr eh selber dazu haben.

Was hat die Arbeit nun gebracht? Gibt es so was wie Ergebnisse oder den Blick nach vorn im Zorn?

Auf die Frage, *"würdet ihr's wieder tun?"*, antwortet Radio Eriwan: *"Im Prinzip ja, aber vermutlich anders!"*. Wir waren uns einig, viel zu spät über das "soziale Subjekt" in den Kämpfen nachgedacht zu haben. Dadurch hat-



ten wir (zu) lange mit Leuten zu tun, die ganz andere Interessen hatten als wir. Diesen Fehler nicht zu wiederholen, erfordert aber genauere Untersuchungen in der Region, als wir sie angestellt haben. Wir können und wollen nicht formulieren, wie "richtige" autonome Politik auszusehen hat. Wir haben in den einzelnen Beiträgen viele Punkte (inhaltliche, methodische, taktische, strategische, bauchige) gesammelt, die zeigen, wo wir Fehler gemacht haben, harmlose, aber auch fa-

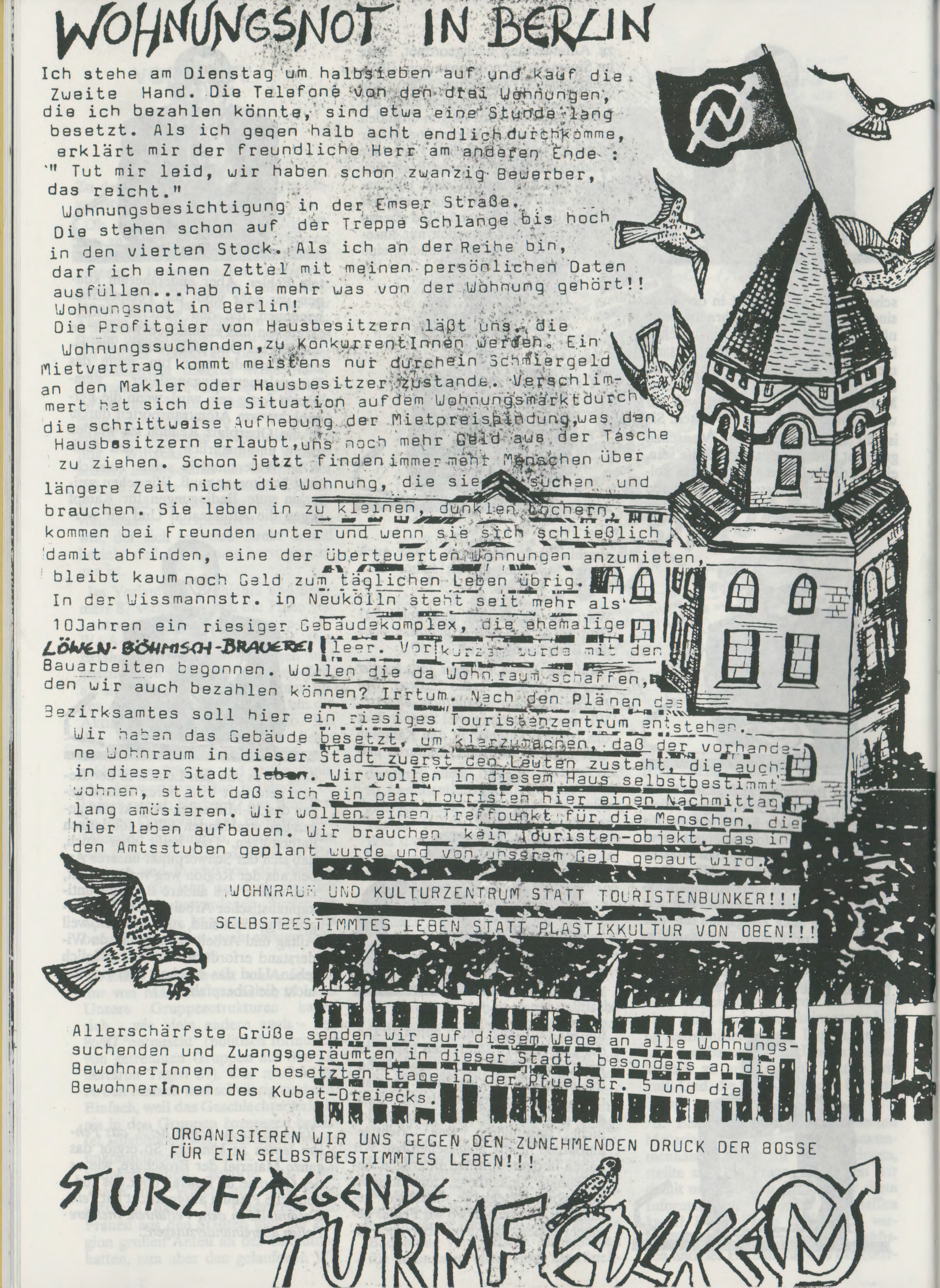


tale Fehler. Aber andersherum können wir sehr wohl die Perspektiven benennen, die den weiteren Widerstand von uns ausmachen werden: In der Region Oberpfalz werden sich einige Veränderungen tun, wenn das Brennelementeeingangslager demnächst fertig sein wird, wenn die Perspektive von Atomtransporten durch/in die Oberpfalz Realität zu werden droht und natürlich auch den Anti-WAA-Widerstand in seiner Ausrichtung bestimmen muß. Wir sehen weiterhin gute Bedingungen für Kampf gegen die Atommafia! Und wir wer-



den, wo es von den Leuten in der Region gefordert wird, deren Kampf gegen das 10-Milliarden-Projekt und gegen den strahlenden Alltag solidarisch unterstützen. Das heißt aber auch, daß sich der Schwerpunkt unserer Arbeit aus der Region weg verlagert hat, zum einen, weil andere Bereiche antikapitalistischer Arbeit in den Vordergrund gerückt sind, zum anderen, weil Alltag und Arbeit eben genau da Widerstand erfordern, wo wir tagtäglich leben. Und das ist eben überwiegend nicht die Oberpfalz.

"Geschichte zu haben heißt, aus Fehlern lernen zu können." So ergibt das ganze Material der Broschüre, wie es der Genosse im Beitrag über das süddeutsche Plenum ausgedrückt hat, *"ein Gesamtbild in dem Verfahren, mehrere Folien übereinanderzulegen"*.



WOHNUNGSNOT IN BERLIN

Ich stehe am Dienstag um halbsieben auf und kauf die Zweite Hand. Die Telefone von den drei Wohnungen, die ich bezahlen könnte, sind etwa eine Stunde lang besetzt. Als ich gegen halb acht endlich durchkomme, erklärt mir der freundliche Herr am anderen Ende : " Tut mir leid, wir haben schon zwanzig Bewerber, das reicht."
Wohnungsbesichtigung in der Emser Straße. Die stehen schon auf der Treppe Schlange bis hoch in den vierten Stock. Als ich an der Reihe bin, darf ich einen Zettel mit meinen persönlichen Daten ausfüllen...hab nie mehr was von der Wohnung gehört!!
Wohnungsnot in Berlin!
Die Profitgier von Hausbesitzern läßt uns, die Wohnungssuchenden, zu KonkurrentInnen werden. Ein Mietvertrag kommt meistens nur durch ein Schmiergeld an den Makler oder Hausbesitzer zustande. Verschlimmert hat sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt durch die schrittweise Aufhebung der Mietpreisbindung, was den Hausbesitzern erlaubt, uns noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Schon jetzt finden immer mehr Menschen über längere Zeit nicht die Wohnung, die sie suchen und brauchen. Sie leben in zu kleinen, dunklen Löchern, kommen bei Freunden unter und wenn sie sich schließlich damit abfinden, eine der überteuerten Wohnungen anzumieten, bleibt kaum noch Geld zum täglichen Leben übrig.
In der Wissmannstr. in Neuköln steht seit mehr als 10 Jahren ein riesiger Gebäudekomplex, die ehemalige **LÖWEN-BÖHMISCH-BRAUEREI** leer. Vor kurzem wurde mit den Bauarbeiten begonnen. Wollen die da Wohnraum schaffen, den wir auch bezahlen können? Irrtum. Nach den Plänen des Bezirksamtes soll hier ein riesiges Touristenzentrum entstehen.
Wir haben das Gebäude besetzt, um klarzumachen, daß der vorhandene Wohnraum in dieser Stadt zuerst den Leuten zusteht, die auch in dieser Stadt leben. Wir wollen in diesem Haus selbstbestimmt wohnen, statt daß sich ein paar Touristen hier einen Nachmittag lang amüsieren. Wir wollen einen Treffpunkt für die Menschen, die hier leben aufbauen. Wir brauchen kein Touristen-objekt, das in den Amtsstuben geplant wurde und von unserem Geld gebaut wird.

WOHNRAUM UND KULTURZENTRUM STATT TOURISTENBUNKER!!!
SELBSTBESTIMMTES LEBEN STATT PLASTIKKULTUR VON OBEN!!!

Allerschärfste Grüße senden wir auf diesem Wege an alle Wohnungssuchenden und Zwangsgeräumten in dieser Stadt, besonders an die BewohnerInnen der besetzten Etage in der Pfuelstr. 5 und die BewohnerInnen des Kubat-Dreiecks.

ORGANISIEREN WIR UNS GEGEN DEN ZUNEHMENDEN DRUCK DER BOSSE FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN!!!

STURZFLIEGENDE TURMFALKEN


Kuthe du Sau!
Paß bloß auf!
Die Kubat-Räumung
war nur EIN Anlass...

wir haben weder bock z.b. nach zehlendorf verfrachtet zu werden, noch uns von platz zu platz schieben zu lassen.
wie auch bei unserer geschichte und der der anderen wagenburgen hat sich immer wieder gezeigt, daß die bedingung für ein bleiben "dürfen" immer heißt, wir sollen kontrollfunktion übernehmen bzw. uns selbst auf eine bestimmte anzahl, die von ihnen vorgeschrieben wird, beschränken.
wir haben keinen bock, uns auf ein gedeale mit krüger und bezirksamtsärschen einzulassen!
hin und her schuben bzw. aufspalten der wagenburgen heißt, daß die schweine uns hinhalten wollen und auf entnervtes aufgeben und sich in die letzten löcher zurückziehen hoffen-
die wagen sollen immer weniger werden und sowieso:
ihr ziel ist es, alle wagenburgen wegzukriegen!

WAS WIR WOLLEN, KANN FÜR UNS NUR SEIN, GENAU HIER, WO WIR STEHEN ZU BLEIBEN-
MIT SO VIELEN, WIE WIR WOLLEN!



zusammenhalten!
zusammenrotten!

Mopo 1.6.88

Kreuzberg will Lösung ohne Polizeigewalt

„Wagenburgen" bringen Mieter auf die Palme

„In Kreuzberg entwickelt sich eine neue Form der Subkultur, die den politisch Verantwortlichen Kopfzerbrechen bereitet", so Bezirksbürgermeister Wolfgang Krüger (CDU). Von vier sogenannten Wagenburgen ist die Rede: Inzwischen gibt es im Bezirk Grundstücke, auf denen bis zu 20 bewohnte Bau- und Zirkuswagen stehen – teilweise ohne Genehmigung. Im Rathaus fürchtet man, daß die „illegale Landnahme" ähnliche Konflikte heraufbeschwört, wie die früheren Hausbesetzungen.

Das Problem brennt umso mehr auf den Nägeln, da sich die Proteste von Anwohnern häufen. Sie fühlen sich durch die ungewöhnlichen Lebensformen der meist jugendlichen Wagenbewohner gestört. Der Bezirksbürgermeister: „Wir sind nicht gegen neue Lebensformen, aber die dürfen nicht auf dem Rücken der Bürger ausgelebt werden."

Die Entwicklung wurde zum erstenmal auf einem Gelände des Bezirks an der Adalbertstraße akut: Nach einer Besetzung etablierte sich hier ein Kinderbauernhof – inzwischen geduldet, aber ohne Verträge. Seit mehreren Jahren stehen auf dem Areal bis zu einem Dutzend Wohn- und Bauwagen, von unterschiedlichen Gruppen benutzt.

Anwohner wenden sich an Petitionsausschuß

Ähnlich in der Wilhelmstraße 131–135. Auch in diesem Fall duldet das Bezirksamt eine Wagenburg: Alte Autos, Busse, sogar ein großes Schiff – auf einem Hänger verfrachtet. Sehr zum Leidwesen der Anwohner: Sie ärgern sich über randalierende Jugendliche, Lärm und alkoholische Ekzesse sind an der Tagesordnung. Fehlende sanitäre Einrichtungen haben des öfteren eine Verschmutzung der Umgebung durch Fäkalien zur Folge. Die Anwohner wehrten sich mit Beschwerdebriefen und einer Eingabe an den Petitionsausschuß.

Ungeachtet dessen plädieren die Wagenbewohner – darunter Besetzer aus dem ehemaligen KuKucK – für „eigene Lebensformen". Sie haben sich in zwei Gruppen gespalten: Während die eine willens ist, über neue Standorte zu verhandeln, sich in anderen Bezirken vergeblich um Ausweichquartiere bemüht hat, lehnte die andere Gespräche ab. Mit den Problemen befaßte sich auch die BVV: Sie beauftragte das Bezirksamt, von der Zwangsräumung abzusehen und bei einer Suche nach Ersatzgelände zu helfen.

Grünanlage ist geschützt

Noch heikler: In einer geschützten Grünanlage des Betaniengeländes am Mariannenplatz stehen ebenfalls 14 Wohn- und Bauwagen – nicht zu verwechseln mit einer Kleinkunstbühne, die hier offiziell Zelte und Wagen aufstellen darf. Neugierige Kreuzberg-Touristen warnt ein Schild: „Keine Fotos – sonst Beule." Der Bezirksbürgermeister: „Eine klare Besetzung." Trotzdem will man keine Lösung mit Polizeigewalt.

Keine Probleme dagegen bereitet eine Wagenburg an der Bezirksgrenze im benachbarten Tiergarten in der Köthener Straße: Hier campieren die Bewohner von etwa 30 rollenden Unterkünften ausdrücklich mit Genehmigung des Grundstücksbesitzers auf dem ehemaligen Gelände des Hauses Vaterlandes. Man züchtet Hühner, legt Blumenbeete an – Klagen von Anwohnern sind nicht bekannt.

In der Szene hat es sich inzwischen herumgesprochen, daß es kein Problem ist, günstig Bauwagen zu kaufen: Sie werden teilweise für eine symbolische Gebühr von nur einer Mark in Anzeigenblättern angeboten. Auffällig ist: Die meisten Wagenbewohner können formell einen festen Wohnsitz oder ein Untermietverhältnis nachweisen – was für den Erhalt von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld notwendig ist. Recherchen des Bezirksamtes haben ergeben, daß es in Kreuzberg inzwischen Zwei-Zimmer-Wohnungen gibt, die bis an zehn Personen untervermietet sind.

Uwe Dannenbaum



Sonntag,1o.7. Q-bat-Sonntagsspaziergang
13.oo Uhr Flohmarkt/Reichpietschufer
anschließend Grillfete(Happi Happi Mampf mitbringen....)

16.ooUhr Frauencafe im Falkeladen
IWF brainstorming...

Montag,11.7.
FU Ringvorlesung Abschlußveranstaltung und Podiumsdiskussion 18-2o Uhr inna Rostlaube(Hor-saal 1b)
"Folgen der Entwicklungshilfe im ländlichen Afrika"

Dienstag,12.7. 19.oo Uhr Frauenkoordinationstreffen
gegen IWF im Falkeladen

Mittwoch,13.7. 2o.oo Uhr Begine Film"Silkwood"
Auftaktfilm der Kino im KOB-Reihe Südafrika:
2o.3o und 22.3oUHr "Frontline Southern Afrika"(auch 14.7.)

Samstag,16.7. Q-Bat-Demo wo-wann?

Sonntag,17.7. 16.ooUhr Frauencafe im Falkeladen
IWF-brainstorming II

2o.und 21.7. Kino im KOB 2o.3o und 22.3oUhr
"Winnie Mandela-ich gebe nicht auf"

27.und 28.7. dito
"Weint nicht,wenn sie unsere Hütten abreißen"
Illegal gedrehter Doku-Film über das Leben von Frauen im Apartheidssystem mit ergänzenden Interviews von verbannten Aktivistinnen der südafrikanischen Frauenbewegung.



Außerdem Themen wie Internationalismus, Befreiungsbewegungen Befreiungsprozesse, IWF Verschuldung, Low Intensity Conflict, Politik von EG und Sozialistischer Internationale in Mittelamerika, Contra in der BRD.

★ ★ ★

Der IDES ist nur im Abo erhältlich.
Preis: 21 DM/Vierteljahr, 75 DM/Jahr (große Ermäßigung bei Mehrfachabos!)
An InteressentInnen scicken wir den IDES 4 Wochen gratis!

Karte genügt! Stichwort: Probeabbo!

UNZERTRENNLICH

Autonomes Blatt NR. 9 sommer 88

2.50 Mark

freiräume oder alpträume - frauenalltag in der autonomen scene

autonome und knast - spannungsverhältnis - gespanntes verhältnis - spannendes verhältnis

autonomer knastkampf!?

eindrücke vom auslieferungsprozeß gegen frank

autonome und die forderung nach zusammenlegung - ein widerspruch?

kapitalstruktur/imperialistische zurichtung in rhein-main

die ganz normale datenherrschaft - neuer schub in der gesundheits- und sozialverwaltung

zur bedeutung revolutionärer gewalt und politischer organisation

eg-politik im trikont

sprengel verteidigen

DURCHBLICK

Unabhängige Knastzeitung

Infos von Drinnen und Draussen

Psychiatrie

Forschungsergebnisse zum Behandlungsvollzug

Die neuen Knäste

Neue Folge 1

Bestellungen an:
DURCHBLICK c/o Buchladen
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

für 3,- DM pro Exemplar und Vorauszahlung in Briefmarken oder aufs Sonderkonto
Kto.-Nr. 340 157 860
BLZ 100 500 00
Sparkasse Berlin West